FREITAG, 23. OKTOBER 2009 NR. 43 51. JAHRGANG

AZA
8820 Wädenswil

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

Abzockzürich
6 Fotos = 90 Franken!
Für «aktengebundene Fotos» in Polizeirapporten = normale Fotos mit der Digikamera geknipst, wird in Zürich pro Stück CHF 15.- abgezockt, 10-20 Mal mehr als im Handel! Kämpfen Sie mit uns gegen diese **masslose Abzockerei.**
AUTO ALLIANZ
www.autoallianz.ch-044 391 6767
PC 87-688 656-0

REVISION DES AKTIEN- UND RECHNUNGSLEGUNGSRECHTS

Eigentum stärken – SVP fordert Aktionärsdemokratie

Misswirtschaft und schamlose Selbstbedienungsmentalität der Manager veranlassten die gegenwärtige Revision des Aktien- und Rechnungslegungsrechts. Die Aktionärsdemokratie und das Eigentum sollen gestärkt werden. Doch der Ständerat sowie die Rechtskommission des Nationalrats gefährden das Revisionswerk mit Verwässerungsbeschlüssen erheblich. Die SVP kämpft im Nationalrat weiter.

YVES GADIENT
PARTEISEKRETÄR SVP MEILEN

Exorbitant hohe Abgangsentschädigungen und nicht nachvollziehbare Fürstengehälter für Manager von (börsenkotierten) Unternehmungen – zumeist Aktiengesellschaften (AG) –, verbunden mit wirtschaftlichem Misserfolg, haben in den letzten Jahren den Ruf nach mehr Corporate Governance verstärkt.

Die Relevanz der Thematik wird am besten anhand der eindrücklichen quantitativen Bedeutung der (börsenkotierten) AGs für die Schweizer Volkswirtschaft veranschaulicht. So existieren in der Schweiz rund 184 000 AGs – Tendenz steigend –, womit diese Unternehmensrechtsform mit rund 36 Prozent die häufigste darstellt, gefolgt von der Einzelfirma mit einem Anteil von rund 30 Prozent. Alle anderen Rechtsformen wie GmbH, Stiftung oder Kollektivgesellschaft werden deutlich weniger häufig benutzt. Alle (auch ausländischen) multinationalen AGs mit Sitz in der Schweiz erwirtschaften zusammen über einen Drittel des gesamten Bruttoinlandprodukts (BIP) und beschäftigen rund eine Million Arbeitnehmer. Dabei kommen die profitabelsten 3 Prozent (börsenkotierten) AGs für über 90 Prozent der gesamten direkten Bundessteuern für juristische Personen auf. An der Schweizer Börse sind rund 270 AGs mit Hauptsitz in der Schweiz kotiert.

Die geschilderte quantitative Bedeutung der Rechtsform AG für unsere Volkswirtschaft erlangt darüber hinaus durch die Struktur des Aktionariats mit privaten und institutionellen Investoren weiter an Gewicht. Denn die allermeisten Bürgerinnen und Bürger sind im Verlaufe ihres Lebens direkt oder indirekt via einer Institution wie einer Pensionskasse oder der AHV an börsenkotierten Schweizer AGs beteiligt. Die AG liegt also offensichtlich nicht nur im öffentlichen (Rechtsordnung), sondern auch im privaten Interesse (Investor) jeder Schweizerin und jeden Schweizers.

Die Revision des Aktien- und Rechnungslegungsrechts durchlief bis heute die Chronologie, dass im Dezember 2007 der Bundesrat die Botschaft auf die Vernehmlassung folgend verabschiedete. Zusätzlich reichte im Februar 2008 ein Initiativkomitee bei der Bundeskanzlei die Volksinitiative «gegen die Abzockerei» (Minder-Initiative) ein. Die Erstberatung des bundesrätlichen Revisionsvorschlags im eidgenössischen Ständerat fand in der Sommersession 2009 statt. Die Rechtskommission des Nationalrats hat sich diesen Oktober 2009 weitestgehend den Beschlüssen des Ständerats angeschlossen. Die Erstberatung des Nationalrats folgt (wahrscheinlich) in der Frühjahrssession 2010.

Ziele der Revision

Doch worum geht es konkret? Die Revision verfolgt vier Ziele:

- Verbesserte Corporate Governance
- Flexiblere Kapitalstrukturen
- Nutzungsmöglichkeit elektronischer Kommunikationsmittel anlässlich von Delegiertenversammlungen (DV)
- Vereinheitlichte, modernisierte Rechnungslegung

Nachfolgend wird ausschliesslich das gewichtigste Revisionsziel – die Corporate Governance – näher beleuchtet. Die Corporate Governance als Begriff kann als die Gesamtheit aller Regeln, Vorschriften, Werte und Grundsätze verstanden werden, die für Unternehmen gelten und bestimmen, wie diese geführt und überwacht werden. Mit anderen Worten regelt die Corporate Governance die Beziehung zwischen den Organen einer AG: Generalversammlung (GV, bestehend aus dem Aktionariat), Verwaltungsrat (VR) und Geschäftsleitung (GL, bestehend aus Managern).

Insgesamt ist die AG ein komplexes Gebilde. Aus der schematischen Darstellung unter Abbildung 1 geht hervor, dass die drei Organe (GV, VR und GL) drei verschiedene Funktionen (Eigentum, Kontrolle und Führung) wahrnehmen und gleichzeitig unter einem einzigen Unternehmensdach vereinigt sind. Dabei delegieren die Eigentümer die operativen Verantwortlichkeiten Kontrolle und Führung an den VR und die GL. Erfüllen VR und GL die Aufträge nicht im Sinne des Auftraggebers GV, das heisst werden die Eigentümer nicht ihren (langfristigen) Vorstellungen entsprechend für die Geschäftsrisikoneigung der GL entschädigt, will die GV korrektiv einwirken. Dieses Einwirken wird vom VR sowie von der GL mit aller Kraft und aus eigenstem Interesse verhindert. Lässt sich die GL darüber hinaus vom VR – sowie der VR sich selber – für Misswirtschaft und Erfolglosigkeit fürstlich entlöhnen, entsteht vollends ein Ungleichgewicht im System. In der Folge tragen ausschliesslich die Eigentümer die direkten Kosten der schlechten Geschäftsführung. Dieser Umstand steht – wie oben ausgeführt – weder im öffentlichen noch im privaten Interesse letztlich jeder Schweizerin und jeden Schweizers. Zusammenfassend gilt es also, die Eigentumsrechte im Aktienrecht zu stärken, damit sich die Risikonahme des Investors (GV) auch langfristig in Form einer Wertsteigerung lohnt.

Zur Behebung eben dieser ungleichen Machtverhältnisse und der damit zusammenhängenden negativen Werteffekte für die Unternehmung hat der Bundesrat die besagte Revision im Bereich Corporate Governance bestritten. Zusätzlich liegt die Volksinitiative «gegen die Abzockerei» (Minder-Initiative) bei börsenkotierten AGs vor. Die Volksabstimmung findet zu Beginn des Jahres 2011 statt. Im Folgenden wird zunächst die Idee der Minder-Initiative und danach der Good-Governance-Ansatz, wie er weitestgehend vom Bundesrat vorgeschlagen ist, schematisch dargestellt und einfach erklärt.

Minder-Initiative

Die Volksinitiative «gegen die Abzockerei» hat primär zum Ziel, ungerechtfertigt hohe Manager- und VR-Löhne von börsenkotierten AGs zu verhindern, indem die GV jährlich darüber befinden soll.

Wie aus Abbildung 2 vereinfacht hervorgeht, sieht die Umsetzung vor, der GV operative Kompetenzen zu verleihen und den VR zu bevormunden. Dadurch fällt das System der delegierten Aufträge und Verantwortlichkeiten auseinander. Es herrschen Unklarheiten und Destabilisation. Falls jedoch nicht gleichzeitig die heute geltende Stimmrechtsbeschneidung der Aktionäre (zumindest teilweise) aufgehoben wird – was nicht vorgesehen ist –, bleibt die Initiative ohnehin wirkungslos, weil der Publikumsaktionär seine neu erworbenen Rechte nicht durchsetzen kann.

Good Governance

An diesem Punkt der Wirksamkeit setzt die Good Governance an. Zunächst gilt es, die generellen Aktionärs- und damit die Eigentumsrechte zu stärken, vgl. Abbildung 3 (Stärkung des ersten Kreislaufs).

Die Good Governance sieht vor, den Grundsatz «1 Aktie = 1 Stimme» zu realisieren, wodurch die Aktionärsdemokratie wiederhergestellt wird. Vorbehalte gegen dieses Prinzip wie die Möglichkeit von feindlichen Übernahmen durch (ausländische) Investoren sind in aller Regel nicht stichhaltig, denn es besteht bereits ein wirksamer regulatorischer Schutz dagegen (Meldepflichten, notwendige FINMA-Zustimmung)[1].

Ausgewählte Beispiele für die Vielfalt an Instrumenten, welche das heute geltende Aktienrecht dem VR und der GL zur Abwehr der Wahrnehmung von Aktionärsrechten durch die GV zur Verfügung stellt, sind:

- Stimmrechtsbeschränkungen und Ausnahmen
- Stimmrechtsaktien
- Eigenkauf von Aktien bis 20 Prozent
- Dispoaktien, Depot- und Organstimmrechte
- Hohe Schwellenwerte für GV-Einberufung, Traktandierung und Sonderprüfung

Nach der Herstellung der Aktionärsdemokratie zielt die Revision in einem zweiten Schritt auf die Realisierung der Inhalte der Eigentumsrechte (Aktionärsrechte) ab wie beispielsweise das (jährliche) Mitspracherecht bei Salarierungsfragen.

SVP fordert Aktionärsdemokratie

Die Erstbehandlung im Ständerat in der Sommersession 2009 hat eine erhebliche Aufweichung der Revision im Sinne einer Good Governance hervorgebracht und die Aktionärsdemokratie in wesentlichen Punkten (erneut) beschnitten und auf den «status quo ante» des heute gültigen Aktienrechts zurückgeführt.

Weiter hat sich die Rechtskommission des Nationalrats diesen Oktober 2009 weitestgehend den Beschlüssen des Ständerats angeschlossen. Es wird vorgeschlagen, die Aufhebung relevanter Stimmrechtsbeschränkungen nicht umzusetzen, was der Aktionärsdemokratie abträglich ist. Auch wurde die jährliche VR-Wahl unter Angabe sämtlicher Bezüge gestrichen und die alte Dreijahreswahl beschlossen, was die Eigentumsrechte der Aktionäre wiederum einschränkt und nicht wie vom Bundesrat vorgesehen ausweitet.

Die SVP wird sich in der Frühjahrssession 2010 des Nationalrats erneut und vehement für die Aktionärsdemokratie und damit für die Stärkung des Eigentums einsetzen zum Wohle unserer Schweiz und aller Bürgerinnen und Bürger.

[1] Vgl. «Aktionärsdemokratie sichern!», Hans Kaufmann, Nationalrat, Wettswil

Kreisläufe: Auftrag – Verantwortung

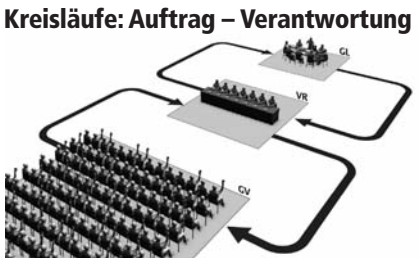


Abb. 1: vgl. economiesuisse

Minder-Initiative: Bevormundung des Verwaltungsrats

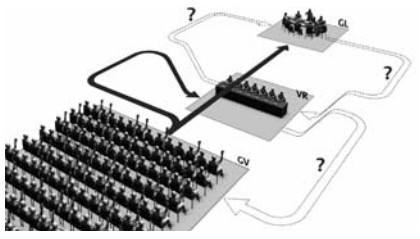


Abb. 2: vgl. economiesuisse

Good Governance: Stärkung des ersten Kreislaufs

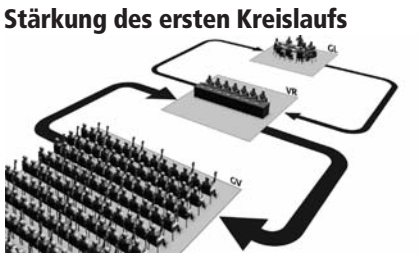


Abb. 3: vgl. economiesuisse

Aus ALT mach NEU!

038.219442
Werfen Sie Ihre alte Polstergruppe nicht weg: Wir überziehen sie neu in Stoff und Leder.
Ein neuer Bezug lohnt sich fast immer!
Kostenlose Heimberatung
Rufen Sie uns an
29 Jahre Erfahrung
wideg ag
Industriestrasse 25, 8625 Gossau
Tel. 044 935 25 46, info@wideg.ch
www.wideg.ch

Austauschwannen
- Whirlpool
- ohne Schmutz
- ohne Plättlischaden
- mit neuer Ablaufgarnitur
- 5 Jahre Garantie

Duschtrennwände
- Emailreparaturen

Rufen Sie an! Wir beraten Sie gerne.
Tonercote®
Werner Frischknecht
Badewannen-Renovationen
Bergstrasse 6A, 8117 Fällanden
Tel. 044 825 14 85, Fax 044 825 68 74
www.frischibadewannen.ch
E-Mail: badewannen@bluewin.ch

Schreinerei Hanspeter Rütschi
Mettlenbachstrasse 2a, 8617 Mönchaltorf
Tel. 044 949 20 00, Fax 044 949 20 01
- Allgemeine Schreinerarbeiten
- Umbau/Renovationen/Bauführungen
- Küchenbau Um- und Neubau
- Geräteaustausch
- Glasreparaturen
- Fenster
- Möbel-Spezialanfertigungen
- Einbruchschutz
- Schliessanlagen
- Türen
- Schränke
- Parkett/Laminat/Teppich/Kork und vieles mehr ...

Fragen Sie uns oder besuchen Sie unsere Ausstellung.

Hotel-Restaurant Sonne
Familie Zorica Fak
Kirchenstr. 51, 8843 Oberiberg
Telefon 055 414 12 30
info@sonne-oberiberg.ch
Sonnenstübli für 20, grosser Saal für 50 Personen, Restaurant bis 40 Personen. Grosse Terrasse. Familienhotel mit 40 Betten: Doppelzimmer, 4er-Zimmer und Einzelzimmer. Alle Zimmer verfügen über fliessend Kalt- und Warmwasser, pro Etage eine Dusche, ein Bad sowie WC's. Zusätzlich 2 x 8 Matratzenlager. Ruhige Lage ob der Kirche (Gruppenunterkünfte).

GRABER IMMOBILIEN
GESELLSCHAFT M.B.H
Im Kundenauftrag suchen wir
MEHRFAMILIEN-HÄUSER
Region Zürichsee, Stadt Zürich
RENNWEG 36 . CH-8704 HERRLIBERG
TEL. 044 991 66 44 . FAX 044 991 66 40
WWW.GRABERIMMOBILIEN.CH

Frohbotschaft von Ruth Dreifuss

VON CHRISTOPH MÖRGELI

Während die am Gesundheitswesen gescheiterte amerikanische Sozialdemokratin Hillary Clinton in der Schweiz Schlagzeilen lieferte, sorgte die am Gesundheitswesen gescheiterte Schweizer Sozialdemokratin Ruth Dreifuss in Amerika für Furore. In der «Los Angeles Times» schrieb die frühere SP-Bundesrätin einen Artikel mit dem Titel: «Wie die Schweiz ihr Gesundheitswesen reformierte». Untertitel: «Die Änderungen waren ähnlich wie diejenigen in den USA».

Ruth Dreifuss wundert sich: Wie kommt es den optimistischen Amerikanern bloss in den Sinn, eine sozialdemokratische Gesundheitsreform allenfalls nicht bezahlen zu können? Haben die ignoranten US-Bürger wirklich keine Ahnung von der Erfolgsstory unseres Krankenversicherungsgesetzes? Originalton der Ex-Innenministerin zu ihrem KVG: «Es garantiert einen universellen Krankenversicherungsschutz und berechtigt folglich alle Einwohner, von einer medizinischen Betreuung hoher Qualität zu profitieren.»

Im Originalton war Ruth Dreifuss seit je am köstlichsten. 1994 orakelte sie kurz vor der Volksabstimmung: «Wir schätzen, dass dank des revidierten KVG Einsparungen zwischen 10 und 12 Prozent möglich sind.» (Luzerner Neuste Nachrichten) Nachdem die sparsamen Schweizer den KVG-Sparvisionen unserer Sparministerin zugestimmt hatten, meinte Frau Dreifuss 1996 zu den Kosten: «Ich rechne damit, dass der Anstieg ab 1998 und 1999 gebremst wird.» (Tages-Anzeiger) Als das Gegenteil eingetroffen war, meinte sie 1998 tapfer: «Die Kostenentwicklung flacht ab von Jahr zu Jahr.» (Blick) Und 1999: «Unsere Massnahmen zur Kostendämpfung greifen jedes Jahr besser.» (Blick)

Als gar keine Massnamen griffen, verkündete Ruth Dreifuss 2001: «Gemäss unseren Berechnungen werden die Kosten im nächsten Jahr um rund 5 Prozent wachsen.» (Berner Zeitung) Als die Kosten 2002 leider um rund 10 Prozent wuchsen, kommentierte sie: «Es bleibt, dass wir effizientere Instrumente zur Kostendämpfung entwickeln müssen.» (NZZ) Seit Einführung des Krankenversicherungsgesetzes sind die Prämien um 70 Prozent angestiegen. Bald jeder zweite Versicherte erhält staatliche Verbilligungen. Das erfahren die Leser der «Los Angeles Times» von Frau Dreifuss allerdings nicht. Dafür diese Frohbotschaft: «Niemand in der Schweiz hinterfragt die Notwendigkeit eines allgemeinen Versicherungsschutzes.»

HAT DER BUNDESRAT ANGST VOR DEN EIGENEN HERAUSFORDERUNGEN?

Flucht in die EU

Bundesrat Moritz Leuenberger hat anlässlich des SP-Parteitags vom vergangenen Wochenende «mit Herz» eine Bresche für den EU-Beitritt der Schweiz geschlagen, nachdem bereits seine Parteikollegin im Bundesrat das Thema medial angerissen hatte. Der Zeitpunkt ist nicht zufällig, befasst sich doch der Bundesrat im Verlauf dieser Woche im Rahmen einer Klausur mit den europapolitischen Optionen. Mit der Diskussion über einen EU-Beitritt möchten einige Bundesräte wohl in erster Linie vom eigenen Versagen in zentralen Dossiers ablenken. Es wäre für sie einfacher, ihre Probleme an die EU zu delegieren, als sie selber lösen zu müssen.

MARTIN BALTISSER
GENERALSEKRETÄR SVP SCHWEIZ

Es erstaunt nicht, dass ausgerechnet die SP-Bundesräte den Ladenhüter EU-Beitritt neu lancieren. In ihren Departementen türmen sich die Probleme. Calmy-Reys Aussenpolitik ist ein Scherbenhaufen: das Dossier Libyen festgefahren, der Pirateneinsatz vor Somalia vom Parlament versenkt, das Bankgeheimnis und andere Standortvorteile weitgehend preisgegeben. Bei Leuenberger sieht es nicht besser aus. Die Energiepolitik kommt nicht vom Fleck, seine verkehrspolitischen Visionen sind längst gescheitert, die Verkehrsverlagerung bleibt eine Illusion, und die Strassen durch Staus verstopft. Dass die beiden nun das Heil in einem EU-Beitritt suchen, überrascht deshalb nicht. Die Verantwortung abgeben, im europäischen Konzert mitspielen, die eigenen Probleme an andere delegieren.

Kein Nutzen

So wenig der Zeitpunkt für die Diskussion überrascht, so perfid ist er gewählt. Die Befürworter eines EU-Beitritts wollen die Rezession nutzen, um aufzuzeigen, dass es uns in der EU doch viel besser ginge. Wir hätten mehr zu sagen. Wir hätten endlich wieder Freunde in der Welt. Die Realität sieht freilich etwas anders aus. Ein Teil der aktuellen Probleme ist ja gerade auf die bereits fortgeschrittene Öffnung gegenüber der EU zurückzuführen. So macht uns etwa der freie Personenverkehr in der Rezession zu schaffen. Arbeitslose Ausländer belasten unsere Sozialwerke. In den Grenzregionen kämpft das Gewerbe mit ungleichlangen Spiessen gegen die Billigkonkurrenz aus dem Ausland. Der Unmut gegen Grenzgänger wächst.

Zum Glück können wir heute noch auf die Vorteile unserer Souveränität zurückgreifen. Die eigene Währung sowie die unabhängige Nationalbank leisten in der Finanz- und Wirtschaftskrise unermessliche Dienste. Mit einer Steuerbelastung auf EU-Niveau wäre ein weiterer, wichtiger Standortvorteil in der Krise dahin. Ohne unsere Volksrechte wären wir durch europhile Politiker und Beamte längst verschachert und verkauft. Nicht mehr und nicht weniger als ein Kleinstaat am Gängelband der Grossen. Das Beispiel Irland hat gezeigt, wie es die EU mit dem Volkswillen hält. Ist das Volk nicht willig, stimmt man halt so lange darüber ab, bis es will. Schmackhaft gemacht durch Steuermillionen.

Probleme anpacken

Der Bundesrat täte gut daran, sich nun mit den grossen innenpolitischen Herausforderungen der kommenden Jahre zu befassen. Die Sanierung der Sozialwerke und die drohenden, strukturellen Defizite, zum Beispiel, wird uns kein EU-Beitritt lösen. Seit langem fehlt eine bundesrätliche Strategie, für welche Staatsaufgaben in Zukunft die knappen Mittel prioritär eingesetzt werden sollen. Dafür bräuchten wir eigentlich eine Regierung, die nicht vor der eigenen Verantwortung in die EU fliehen will, sondern bereit ist, die existierenden Herausforderungen und Probleme seriös anzupacken.

ABSURDES KINDERGEDICHT

Schwarze Pädagogik

Es ist erstaunlich, was manche Leute unter Zukunft verstehen. Zum Beispiel der World Future Council (WFC). Dieser «Weltzukunftsrat» ist nach eigenem Bekunden ein internationales Forum aus 50 «angesehenen Visionären», die diesen Verein gegründet haben, um «das Leben auf der Erde in seiner Vielfalt und Schönheit zu erhalten». Und da sie sich als «Sprachrohr künftiger Generationen» verstehen, veröffentlichen sie auf ihrer Internetseite Kindergedichte. Eines davon ist uns besonders aufgefallen. Der Text stammt angeblich von Ilker, 14 Jahre alt. Das Gedicht heisst: «Unsere Erde». Und es geht so:

Dieser Planet ist noch jung, doch kippt er uns bald um/ Dieser Planet stirbt in kurzer Zeit, denn er trägt ein Virenkleid/ Dieser Virus, die Weltbevölkerung, bringt den Planeten um/ Atombomben, Waldrodung und CO_2, wirkt bei ihm wie bei uns Blei/ Wenn nicht bald das Armageddon naht, verbreitet sich der Mensch, die tödliche Saat.

Von selbst kommt ein Kind nicht auf solche Worte und Gedanken. Beides hat man ihm beigebracht. Es hat mittlerweile schon Tradition, den Menschen als parasitären Störenfried oder Seuche anzuprangern. Zu den «angesehenen Visionären», die Kinder derartig instrumentalisieren, gehören unter anderen Bianca Jagger und die unvermeidliche Vandana Shiva, Gentechnikgegnerin aus Indien. Aktivisten, die ständig die Formulierung «Verantwortung für künftige Generationen» im Munde führen, zeigen so blanke Verantwortungslosigkeit.

Noch schlimmer sind Pädagogen, die Schulbücher mit solchen Botschaften versehen. So werden Grundschüler in einem Rechtschreibheft («Schreib richtig 4», Westermann-Verlag) mit der Botschaft indoktriniert: «Die Luft ist nicht mehr so sauber wie zu Zeiten unserer Grosseltern, besonders in den Städten ist sie dreckig ...» Falscher geht's nicht. Die Luft in unseren Städten ist seit Beginn der Industrialisierung zu Zeiten unserer Grosseltern sauberer geworden. Die Luftverschmutzung, so wird den Schulkindern weiter eingebläut, führe dazu, dass der «Nordpol schmilzt und das Wasser der Meere immer höher steigt». Vielleicht könnte hier mal ein Physiklehrer eingreifen und die Schüler darüber aufklären, dass das See-Eis am Nordpol, selbst wenn es komplett schmelzen sollte, mitnichten zum Anstieg des Meeres führt.

Als Experiment sei ein Eiswürfel empfohlen, der in einem vollen Glas Wasser abtaut, ohne dass es überläuft. Im Übungsbuch «Einfach Klasse in Deutsch» aus dem Dudenverlag steigt in einem Übungstext die Temperatur bis zum Jahr 2100 gleich um sechs (!) Grad, und es wird weiter mitgeteilt: «Wir können diese Entwicklung nicht mehr verhindern.» Wohin solch pädagogischer Furor führt, verraten Untersuchungen aus den USA und Grossbritannien: Zwischen einem Drittel und der Hälfte aller Kinder glauben dort mittlerweile, dass die Erde nicht mehr existiert, wenn sie erwachsen sind.

Erschienen in DIE WELT

WEITERE AUFBLÄHUNG DER VERWALTUNG UNTER DEM DECKMANTEL DER BILDUNG

100 Millionen Franken Steuergelder verschleudert

Letzte Woche hat die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrates eine weitere, über 100 Millionen Franken teure Verpflichtung in Form eines Abkommens der Schweiz mit der EU über Bildungsförderung durchgewinkt. Bei näherem Hinsehen handelt es sich um ein undurchsichtiges Paket von diffusen Massnahmen und Zielen, welche vor allem Verwaltungen und Funktionäre beschäftigen werden.

ZB. Die EU führt zwischen 2007 und 2013 verschiedene sogenannte Programme in den Bereichen Bildung, Berufsbildung und Jugend durch. Bisher hat die Schweiz als Nicht-EU-Mitglied projektbezogen an diversen Programmen teilgenommen. Der Bundesrat will die Schweiz nun zu einer «offiziellen» Beteiligung an den Programmen «Lebenslanges Lernen» und «Jugend in Aktion» führen. Dazu hat er im August 2009 ein Abkommen mit der EU paraphiert, welches er nun vom Parlament genehmigen lassen möchte.

Die rund 130 Millionen Franken teure Teilnahme umfasst neben Austauschprogrammen für Studierende, Dozierende und Hochschulpersonal (!) «übergreifende Aktivitäten zur Erzielung der denkbar besten Ergebnisse der einzelnen Teilprogramme» sowie «internationale Vernetzung von Fachpersonen zum Austausch von Erfahrungen, Fachkenntnissen und vorbildlichen Verfahren in der Jugendarbeit» usw. Es stellt sich die Frage, ob es sich hier nicht eher um eine üppige Reise- und Spesenkasse für Bildungsfunktionäre und -experten handelt als um die sinnvolle Unterstützung und Förderung von in Lehre und Ausbildung stehenden Menschen.

Intransparente Mittelvergabe

Die Mittelvergabe für diese Programme erfolgt nicht kompetitiv (wie etwa bei Forschungsprogrammen), sondern nach Grundsätzen der gemeinsamen Förderung internationaler Zusammenarbeit – was auch immer das heissen mag. Da offensichtlich kein wirklicher Bedarf besteht und selbst in Kreisen der Bildungsverwaltung niemand an eine genügende Nachfrage glaubt, wurden über 15 Millionen Franken für sogenannte Begleitmassnahmen bereitgestellt, um für eine Teilnahme an den Projekten zu werben. Es braucht also zuerst Werbemittel, um eine Nachfrage zu erzeugen, die sonst nicht existieren würde. Man könnte das Geld ebenso gut aus dem Fenster werfen.

Keine Mitsprache

Einmal mehr geht die Schweiz zudem Verpflichtungen ein und akzeptiert gleichzeitig, dass ihre Vertreter nur als Beobachter, und nur soweit die jeweilige Thematik von Belang ist, an Sitzung teilnehmen dürfen, d.h. kein Mitspracherecht erhalten und von Abstimmungen ausgeschlossen bleiben. Als ob dies alles nicht bereits genug wäre, gibt sich der Bundesrat das Recht, im Falle einer Verzögerung des Genehmigungsverfahrens auf Schweizer Seite (d.h. durch Parlament oder Volk) die vorläufige Anwendung zu vereinbaren.

Diese Verschleuderung von Steuergeldern in Zeiten einer wirtschaftlichen Krise mit hohen Haushaltsdefiziten ist ein Hohn gegenüber dem Steuerzahler und zeugt gleichzeitig von einer immensen Arroganz einer selbsternannten Bildungsverwaltungselite, die sich selbst beschäftigen muss.

Diskutieren Sie mit dem Regierungsratskandidaten

Wirtschaftsstandort, Arbeitsplätze, Finanzen

Montag, 26. Oktober 09, 20.00 Uhr

Referenten:
- **RR-Kandidat KR Ernst Stocker**
- **Stadtpräsident Urs Fischer, FDP, Wetzikon**
- **ehemaliger Gemeindepräsident und Unternehmer Hansueli Gubler, FDP, Hinwil**

Moderation: **Bezirksratskandidatin KR Ruth Frei, SVP, Gibswil**

Ort: **Gasthof Hirschen, 8340 Hinwil**

Überparteiliches Komitee «Ernst Stocker in den Regierungsrat», Postfach 470, 8702 Zollikon, PC-Konto 87-606817-2, www.ernst-stocker.ch, info@ernst-stocker.ch

KANTONSRAT DES EIDGENÖSSISCHEN STANDES ZÜRICH

Kantonsrat stützt Kandidatur von Zürich für die Leichtathletik-EM 2014

An der Kantonsratssitzung vom letzten Montag wurde ein Kredit für die Durchführung der Leichtathletik-Europameisterschaft 2014 in Zürich gesprochen. Ausserdem beschäftigte sich der Rat mit Verkehrsausbildung, Parkierungsvorschriften und Alterspolitik.

YVES SENN
KANTONSRAT SVP
WINTERTHUR

Der Regierungsrat befürwortete im November 2008 eine Kandidatur für die Durchführung der Leichtathletik-Europameisterschaften 2014 in Zürich. Für die Kandidaturkosten wurden 300 000 Franken bereit gestellt. **Martin Arnold** (SVP, Oberrieden) erläuterte im Rat die Details: Die Leichtathletik-Europameisterschaften 2014 würden im Falle einer erfolgreichen Kandidatur in der ersten Hälfte des Monats August 2014 im Stadion Letzigrund in Zürich während sechs Tagen mit etwa 1300 Teilnehmenden aus rund 50 Ländern stattfinden. Es sei mit gegen 150 000 Zuschauerinnen und Zuschauern im Stadion zu rechnen. Die letzten Leichtathletik-Europameisterschaften 2006 in Göteborg wurden innerhalb Europas von 257 Mio. (Live-Berichterstattung) bzw. 892 Mio. (einschliesslich Rahmenberichterstattung) TV-Zuschauerinnen und -Zuschauern verfolgt. Es wurden mehr als 26 000 Hotelzimmer gebucht und rund 2000 Medienschaffende und 13 000 akkreditierte Personen waren vor Ort. Die ausländischen Besucherinnen und Besucher und Unternehmen erzeugten einen Umsatz von 18 Mio. Euro. Die positiven ökonomischen Auswirkungen betrugen 85 Mio. Euro. Die Kosten für eine EM in Zürich belaufen sich auf 38,483 Millionen Franken, wobei mit einem Ertrag von 26,463 Millionen Franken gerechnet werden könne. Das budgetierte Defizit von 10,02 Millionen Franken soll in einem ersten Schritt von Stadt und Kanton Zürich mit Defizitgarantien von je der Hälfte des genannten Aufwandüberschusses übernommen werden. Vom Bund wird die Übernahme eines Drittels erwartet. Erforderlich ist für die Gewährleistung der Durchführung des Anlasses neben der Defizitgarantie auch ein zinsloses Darlehen. Gemäss Absprache mit der Stadt Zürich soll sich dieses auf je 3,3 Mio. Franken belaufen und mit der Defizitdeckungsgarantie verrechnet werden. Von der Stadt Zürich wird zusätzlich erwartet, dass sie die Dienstleistungen der Stadtpolizei in den Bereichen Verkehr und Sicherheit unentgeltlich erbringt. Ebenso wird erwartet, dass die Stadt Zürich das Stadion Letzigrund, die Trainingsanlagen auf Stadtgebiet und die als Medienzentrum vorgesehene Sporthalle Hardau ohne Verrechnung einer Miete zur Verfügung stellt. Neben Zürich buhlen auch Amsterdam und Helsinki um den Anlass. Der Vergabeentscheid durch den Europäischen Leichtathletikverband wird aufgrund der gegenwärtigen Informationen gegen Ende 2009 erwartet. Bei den Leichtathletik-Europameisterschaften handelt es sich – wie bei der ebenfalls vom Kanton Zürich unterstützten Fussball-Europameisterschaft 2008 und der Eishockey-Weltmeisterschaft 2009 – um eine bedeutende internationale Sportveranstaltung mit entsprechender Ausstrahlung. **Theo Toggweiler** (SVP, Zürich) betonte im Rat, dass die Bewerbung unterstützenswert sei, die Stadt Zürich verfüge über eine fabelhafte Infrastruktur, und die benötigten Hotels seien auch vorhanden. Der Kantonsrat sah es auch so und bewilligte die Kredite mit 134 zu 6 Stimmen.

Verkehrsausbildung

Die Volksinitiative «Für mehr Verkehrsausbildung (Änderung des Polizeiorganisationsgesetzes für mehr Verkehrsunterricht an den Volksschulen)» verlangt im Wesentlichen, dass der Verkehrsunterricht an der Volksschule durch die Kantonspolizei übernommen wird. Zudem soll der praktische Fahrradunterricht mindestens vier Lektionen betragen. Die Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit stellte fest, dass die Volksinitiative enorme zusätzliche Kosten verursache und wenige Nutzen bringe. Der Verkehrsunterricht werde durch die Gemeindepolizei durchgeführt, dies habe den Nutzen, dass die Schülerinnen und Schüler den zuständigen Polizisten kennen lernen. Dennoch hat die vorberatende Kommission einen Gegenvorschlag zur Volksinitiative ausgearbeitet. Dieser sieht vor, dass der Verkehrsunterricht gesetzlich geregelt und die Qualitätssicherung durch obligatorische Weiterbildung der Verkehrsinstruktoren gesichert werde. **René Isler** (SVP, Winterthur) betonte im Rat, dass die Gemeindepolizei nur gut ausgebildete Verkehrsinstruktoren einsetze. Die Polizeilandschaft Schweiz sei im Umbruch. Wer der Meinung sei, dass die Gemeindepolizeien über wenig Fachkenntnisse verfüge, liege falsch. Der Kantonsrat beriet nur in einer ersten Lesung, die Schlussabstimmung erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt.

Parkierungsvorschriften

Selten kommt es vor, dass im Kantonsrat über eine Standesinitiative in fast allen Reihen Einigkeit herrscht. Der Grund liegt in der vom Bund beschlossenen Revision der Verkehrsregelnverordnung, welche zur Folge hat, dass mobilitätsbehinderte Fahrzeuglenkende in ihrer Teilnahme am gesellschaftlichen Leben infolge der nun sehr kurzen Parkzeiterlaubnis massiv eingeschränkt, teilweise sogar gehindert werden. So sieht die Verkehrsregelnverordnung für «Stellen, die mit einem Parkverbot signalisiert oder markiert sind», eine zweistündige und auf Parkplätzen eine sechsstündige Parkzeitbeschränkung vor. Die Begrenzungen der erlaubten Parkzeiten sind jedoch unrealistisch und in ihrer Konsequenz diskriminierend. Mobilitätsbehinderte Fahrzeuglenkende sind darauf angewiesen, möglichst nahe an die jeweilige Destination heranfahren zu können. Zudem können Rollstuhlfahrende nicht ohne Weiteres alle zwei Stunden ihr Auto umparkieren. **John Appenzeller** (SVP, Stallikon) betonte im Rat, dass die Anliegen für die Behinderten keine Bevorzugung seien. Eine gehbehinderte Person oder eine Person im Rollstuhl könne nicht ohne Weiteres den Tagesablauf meistern. Es sei befremdend, dass der Bund mit solchen Erlassen das Leben von mobilitätsbehinderten Personen zusätzlich erschwere. Die Verfasser des Gesetzes hätten das Gespräch mit den Betroffenen suchen müssen. Dies sah der Rat auch so und stimmte der Standesinitiative mit 149 zu 8 Stimmen zu.

Alterspolitik

Mit einer Einzelinitiative wurde gefordert, dass gesetzliche Grundlagen geschaffen werden, um eine Fachstelle Alterspolitik im Kanton Zürich einzurichten. **Willy Haderer** (SVP, Unterengstringen) betonte im Rat, dem Einzelinitiant sei zugutezuhalten, dass dieser nicht eine Sozialstelle einrichten möchte. Jedoch müsse betont werden, dass ältere Menschen urteilsfähig und durchaus in der Lage seien, für sich selbst zu sorgen. Dort wo diese auf Hilfe angewiesen sind, würden bereits zahlreiche Organisationen und Netzwerke bestehen. Es brauche keinen zusätzlichen Verwaltungsausbau, gehören die Aufgaben doch zum Kerngebiet der Gemeinden, welche diese zudem sehr gut ausführen. Der Gegenvorschlag der Linken müsse ebenfalls abgelehnt werden, da dieser mit einer Ergänzung im Sozialhilfegesetz sogar eine «Verschlimmbesserung» der Initiative darstelle. **Theo Toggweiler** betonte im Rat, dass der Vorstoss offene Türen einrennt. Das Problem sei nur, dass es ältere Menschen gebe, die in Ruhe in ihrem Schaukelstuhl sitzen möchten. Mit einer Fachstelle werden im Kanton Zürich fünf bis zehn Personen beschäftigt, diese müssten dann mit den Universitäten, den Gemeinden, dem Bund etc. kommunizieren (siehe Kommentar). Der Rat lehnte die Einzelinitiative und den Gegenvorschlag mit 64 zu 103 Stimmen ab.

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Fachstelle Alterspolitik

THEO TOGGWEILER
KANTONSRAT SVP
ZÜRICH 7/8

Die Debatte über ein Altersthema ergab sich durch eine Einzelinitiative von Alt-Kantonsrat Anton Schaller, Zürich, die im Dezember 2006 eingereicht wurde, mit dem Antrag, es seien gesetzliche Grundlagen zu schaffen, dass im Kanton Zürich eine Fachstelle Alterspolitik eingerichtet werden könne. Dies sollte eine Anlaufstelle sein über die Wohn- und Pflegemöglichkeiten im ganzen Kanton, ebenso soll ein Altersleitbild erstellt werden. Da schon eine ausführliche Studie über die Alterspolitik des Kantons besteht, lehnte die Regierung die Einzelinitiative ab, und die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit formulierte einen Gegenvorschlag, mit einer Ergänzung des Sozialhilfegesetzes, in dem eingefügt werden sollte: «Der für das Fürsorgewesen zuständigen Direktion obliegen … die Koordination und Information im Altersbereich.»

Aus der Kommission sprach für die SVP im Rat Willy Haderer, der die Zusammenhänge aufzeigte und auch darauf hinwies, dass für die Altersbetreuung die Gemeinden im Kanton zuständig seien und dass es weder die Einzelinitiative noch den Gegenvorschlag brauche. Die Gemeinden sind zuständig für das Erstellen von Alters- und Pflegeheimen, haben Spitexeinrichtungen, ein Sozialamt und mit TixiTaxi werden auch Transport-Leistungen angeboten. Überdies gibt es Pro Senectute mit vielen Dienstleistungen wie Mahlzeitenservice, ebenso Pro Infirmis u.a. Ältere Einwohner, können sich sehr wohl bei ihrer Gemeinde über allfällige Angebote erkundigen.

Die linke und die grüne Seite forderten im Rat vehement eine solche Stelle und sprachen von Transparenz und Vernetzung. Es war aber offensichtlich, dass es dabei um die Schaffung von Arbeitsplätzen für irgendwelche Soziologen, Psychologen, Sozialarbeiter geht. Regierungsrat Hans Hollenstein lehnte das Anliegen ab. Dies aus finanziellen Gründen, weil der Kanton vor ganz massiven Sparmassnahmen stehe.

Der Schreibende gab bekannt, dass er den privat finanzierten «Verein für aktive Senioren» (mehrere hundert Mitglieder) präsidiert und damit auch die Anliegen der Senioren kennt. Dann kam ein Hinweis auf die Verfassung Art. 112 c: «Kanton und Gemeinden fördern in Zusammenarbeit mit Privaten: die Lebensqualität der Menschen im Alter», was heisst, dass der Kanton keine eigene Fachstelle einführen muss. Er kann dies einer privaten Organisation übertragen. Dann folgte ein Zitat eines Leserbriefschreibers im TA, mit: «Äxgüsi, darf man auch normal alt werden?» als ein Hinweis auf die Vielzahl von Alters- und Senioren-Programmen, die von zahlreichen Beratern oder gar Beglückern angeboten werden. Mit dem Hinweis auf das Vorhandene wurde klar, dass die Einzelinitiative und die Gesetzesänderung nicht nötig wären, aber Kosten verursachen würden. Es folgte dann eine Belehrung in Sachen Ausbau der Bürokratie. Eine Fachstelle Alterspolitik würde bald zehn Mitarbeitende haben. Diese würden Kontakt haben und kommunizieren mit den Gemeinden, den erwähnten, vielen Organisationen, den Fachstellen der anderen Kantone und natürlich auch mit der Fachstelle beim Bund, die dann rund 50 Mitarbeiter hätte. Und das zum Schluss: Wenn wir in der EU wären, in die uns Bundesrat Moritz Leuenberger führen möchte, dann bräuchte es noch die Verbindung nach Brüssel, wo eine solche Stelle gut 300 Leute beschäftigen würde. Das ganze Getue brächte den Senioren eigentlich nichts.

DIE SITZUNG IM ÜBERBLICK: DER KANTONSRAT HAT AM MONTAG …

… ein zinsloses Darlehen und eine Defizitgarantie für die Kandidatur der Leichtathletik-Europameisterschaft 2014 gesprochen. ☺

… den Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Für mehr Verkehrsausbildung (Änderung des Polizeiorganisationsgesetzes für mehr Verkehrsunterricht an den Volksschulen)» unterstützt. ☺

… einer Standesinitiative für eine Ausgestaltung der Parkierungsvorschriften ohne Benachteiligung von Menschen mit Mobilitätsbehinderung zugestimmt. ☺

… ein Postulat betreffend differenzierte Datensysteme im Polis abgeschrieben. 😐

… eine Einzelinitiative betreffend Fachstelle Alterspolitik abgelehnt. ☺

19.10.09

Unerträgliche Sonntagspresse

Was einem unsere Schweizer Verlagshäuser Sonntag für Sonntag servieren, ist weitgehend unerträglich oder beleidigt die Intelligenz.

zac. Da schreibt am letzten Sonntag beispielsweise Lukas Häuptli in der NZZaS: «Whistleblowerin arbeitet jetzt bei Blocher». Auch im Hause NZZ hat sich also durchgesetzt, dass als Ausdruck der Geringschätzigkeit der Vorname dieses verdienten Unternehmers und Politikers weggelassen wird. Es geht in dem Artikel um Frau Margrit Zopfi, eine der beiden tapferen Frauen, die die «Weltwoche» über unglaubliche Missstände informierten, nachdem sie mit ihrer Kritik verwaltungsintern nicht durchzudringen vermochten.

Im Alter von fast 60 Jahren suchte Frau Zopfi anderthalb Jahre erfolglos nach einem Job. Wer in dieser Stadt von der vereinigten Linken zur Unperson stigmatisiert wird, hat es schwer. Da hilft auch ein Freispruch vor Bezirksgericht wenig. Doch nichts lag Lukas Häuptli ferner, als über diesen Umstand zu schreiben. Für den Schreiberling ist etwas erst dann ein Thema, wenn sich ein Bezug zu Christoph Blocher herstellen lässt, der der diplomierten Direktionssekretärin, PR-Fachfrau und Übersetzerin eine Stelle angeboten hat.

Doch was fragt einer, der über mehrere linke Blätter und den Tages-Anzeiger zur NZZ am Sonntag gelangt ist? «Macht Ihnen die Gefahr, dass sie wegen ihrer Arbeit in eine politische Ecke gedrängt werden, zu schaffen?» Diese Frage ist nicht nur niederträchtig. Sie bringt auch zum Ausdruck, dass es Lukas Häuptli in seiner Verblendung besser fände, die Frau würde beim Sozialamt zu Kreuze kriechen. Und nur nebenbei: Für welche Position, die Christoph Blocher vertritt, müsste man sich schämen?

Die NZZ ist in dieser Geschichte übriges keineswegs neutral. Konsequent hat sie die Kritik am Sozialdepartement und an deren Vorsteherin Monika Stocker als unstatthafte und «unsägliche» Kampagne der SVP gebrandmarkt. Und als das Zürcher Bezirksgericht die beiden Frauen freisprach, wies Marcel Gyr – ein pathologischer und notorischer SVP-Hasser – explizit darauf hin, dass die Richterin Mitglied der SVP ist. Ein ungeheuerlicher Bruch der Regeln journalistischer Ethik und Gepflogenheiten, der natürlich darauf abzielte die fachliche Kompetenz der Frau in Zweifel zu ziehen.

Aus Ideenmangel gegen Christoph Blocher

Doch auch bei der SonntagsZeitung suhlt man sich lieber im Dreck, anstatt die Leserinnen und Leser mit intelligenten Hintergrundberichten und Analysen zu versorgen. Am letzten Sonntag bewies Andreas Windlinger, dass sich auch der unfähigste Schreiberling, wenn ihm nicht Gescheites einfällt, wenigstens an Christoph Blocher die Schuhe abputzen kann. Als Vehikel dient Bundesrat Ueli Maurer, bei dem es angeblich – ach, wie lustig! – «blochern» soll. Unter «blochern» versteht Andreas Windlinger die gezielte Verbreitung von Indiskretionen, wie sie unter Bundesrat Christoph Blocher angeblich praktisch an der Tagesordnung gewesen sein sollen. Beweise für diese – strafrechtlich relevante – Anschuldigung bleibt der so genannte Journalist freilich schuldig. Und der Leser erfährt auch nicht, dass während der Zeit, in der Christoph Blocher Bundesrat war, ein einziges Mal Konsequenzen gezogen wurden. Der Medienfritze von Pascal Couchepin musste als Bauernopfer über die Klinge springen. Dies, nachdem publik geworden ist, dass man (lies: Pascal Couchpin) Christoph Blocher durch eine gezielte Indiskretion schaden wollte.

Dass Andreas Windlinger eine politische Agenda verfolgt, ist auch daran ersichtlich, dass er über wirklich relevante Indiskretionen schweigt, wenn sie aus dem Sozilager stammen. So erfuhr der Leser der SonntagsZeitung beispielsweise nie, dass es Micheline Calmy-Reys Mann fürs Grobe, Lars Knuchel, war, der die Medien darauf hinwies, dass das EDA den Vertrag, den Hans-Rudolf Merz in Libyen unterzeichnet hatte, nicht kannte.

Dabei handelte es sich in diesem Fall nicht nur um eine Indiskretion, sondern um eine flagrante Verletzung des Kollegialitätsprinzips. Doch darüber schweigen Journalisten wie Andreas Windlinger. Sie haben eine andere Zielgruppe.

LESERBRIEFE

Im Namen Gottes des Allmächtigen …

… so beginnt unsere Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft. Dieses Land, unsere Schweiz, wurde von christlich gesinnten Männern und Frauen gegründet! Gott ist somit ein Bestandteil unserer Verfassung und deren Gesetzgebung.

Wer sich also hier durch Gott beleidigt fühlt, dem sei vorgeschlagen, einen anderen Ort zu wählen, um dort zu leben. Ja, es gilt die Religions- bzw. Glaubensfreiheit. Gesetze und Rechtsordnung der Schweizerischen Eidgenossenschaft dürfen nicht verletzt werden. Nun, natürlich sind es immer Ausnahmefälle, die aus religiösen Gründen mit unserer Rechtsordnung in Konflikt kommen (und für die erstaunlicherweise immer grosses Verständnis herrscht)! Wenn aber diese Ausnahmefälle zunehmen bzw. Angehörige einer anderen religiösen Glaubensrichtung, namentlich Angehörige des Islam, zunehmen könnte eine ursprünglich christlich gesinnte Rechtsordnung in akute Gefahr kommen.

Sämtliche Religionen haben da etwas gemeinsam: Der Glaube an den für sie einzigen Gott! Dass christliche und islamische Werte nicht überall miteinander übereinstimmen, ist grundsätzlich noch nicht problematisch. Wer aber den Koran kennt, der weiss, dass das Christentum im Islam niemals Platz finden wird. Gläubige des Islam fordern Toleranz und Akzeptanz. Es ist leider blauäugig zu glauben, dass der Islam je auf andere Religionen Rücksicht nehmen wird. Dies beweist die Tatsache, dass Christen in islamischgläubigen Gebieten nicht toleriert, vertrieben, verfolgt, ja gar getötet werden. Der Bau von Minaretten bedeutet die absolute Akzeptanz des Islam, somit auch der «gelebten» Scharia. Wir müssen uns entscheiden, ob wir die Scharia unter dem Deckmantel der Nächstenliebe und der Religionsfreiheit tolerieren wollen oder nicht.

Ich persönlich werde mich am 29. November nicht gegen die Religionsfreiheit entscheiden, denn diese wird durch die Minarettverbots-Initiative nicht gefährdet oder gar, wie von Initiative-Gegnern gerne behauptet, abgeschafft! Ich werde mich am 29. November 2009 ganz einfach für das bestehende Christentum entscheiden und sage deshalb Ja zur Minarettverbots-Initiative!

Barbara Grüter, Rorbas

Religionsfrieden – ja, aber nicht auf Kosten unserer Rechtsstaatlichkeit

Laut Medienberichten tritt Frau Widmer-Schlumpf für den Religionsfrieden ein, indem sie aufmunitioniert gegen die Minarettinitiative. Sagt sie dabei aber auch, was die muslimische Welt zum besagten Frieden beiträgt? Was ist ihre Antwort auf einen Islam, der stets beleidigt, erzürnt und drohend reagiert auf alles, was seine Überlegenheit nicht anerkennt? Weiss sie nicht, dass die fast 400 000 Muslime, die hier schon leben, sich nicht abspeisen lassen würden mit Minaretten ohne Gebetsrufer? In Zürich, Genf, Bern und auch in Schaffhausen, ja an allen Orten würde alsbald und 5-mal täglich der Ruf erschallen, der folgendes verkündet: «Allah ist der Grösste. Ich bezeuge, dass es keinen Gott ausser Allah gibt. Ich bezeuge, dass Mohammed der Bote Allahs ist. Kommet zum Gebet. Kommet zur Glückseligkeit. Allah ist der Grösste. Es gibt keinen Gott ausser Allah.» Was wird die Bundesrätin dann dem alsbald wachsenden Anspruch der rapid zunehmenden muslimischen Gemeinde auf islamisches Recht noch entgegnen können? Religionsfrieden – ja, aber nicht auf Kosten unserer Rechtsstaatlichkeit. Die Minarettinitiative ist ein taugliches Instrument der orientierungslosen Landesregierung den Weg in die richtige Richtung aufzuzeigen.

Peter Muggli, Schaffhausen

Bevormundung aus Bern nimmt absurde Züge an

Der Bundesrat hat auf Antrag des Bundesamtes für Strassen, Abteilung Strassenverkehr, beschlossen, dass ab 1. April 2010 Kinder unter 12 Jahren in Privatfahrzeugen zwingend auf speziellen Sitzpolstern, in einem Kindersitz oder einer Babyschale sitzen müssen. Bisher galt ein Obligatorium bis zum Alter von 7 Jahren. Den neuen Vorschriften genügen Kinderrückhaltevorrichtungen, die den Sicherheitsstandards des entsprechenden UNO-Abkommens, Version 03, entsprechen. Ausgenommen sind Kinder, welche mindestens 1,50 m gross sind. Dazu gibt es unter anderem Folgendes zu bedenken: Immer neue Vorschriften können den gesunden Menschenverstand nicht ersetzen. Eine Kindersicherung der (hinteren) Fahrzeugtüren dagegen ist in der Schweiz nicht zwingend vorgeschrieben. Die neuen Vorschriften scheinen vor allem die allmächtigen Lobbyisten in unserem Lande zu befriedigen. Auf welche Summe beläuft sich das geschätzte Verkaufsvolumen des mittels dieser Vorschriften geschaffenen «neuen Marktes»? Wer finanziert einer Familie mit vier Kindern diese Vorrichtungen? Muss meine 1,49 m grosse Mutter auf einem Kindersitz festgeschnallt werden oder darf sie weiterhin auf dem Beifahrersitz Platz nehmen? Hier noch drei Vorschläge für weitere bevormundende Vorschriften aus Verwaltungs-Bern: Einführung der Helmpflicht für Fussgänger. Installationspflicht spezieller Kopfstützen in allen Berner Amtsstuben, damit das Denken mit gesundem Menschenverstand gefördert wird. Zwingende Prüfung aller neu in der Schweiz zum Verkauf zugelassenen Sandalen durch ein eidgenössisches Institut auf Geh- und Belastungstauglichkeit auf öffentlichem Grund und – damit verbunden – Ausstattung aller Sandalen mit den entsprechenden (EU- und UNO-normierten) Etiketten.

Hans-Peter Amrein, Forch-Küsnacht

Einseitige UNO

Um die Daseinsberechtigung zu unterstreichen, hat das UNO-Menschenrechtskomitee die Schweiz einmal mehr gerügt. Die Minarett-Initiative verletze das Völkerrecht, und die Grundrechte für abgewiesene Asylbewerber seien ungenügend. Auch unser Waffenrecht, die Sterbehilfe und die Situation der Migrantinnen, die bei uns Opfer häuslicher Gewalt geworden sind, kritisiert die UNO. Mit Blick auf die Menschenrechte hat aber die UNO eine sonderbare Auffassung: Libyen hielt einen palästinensischen Arzt und fünf bulgarische Krankenschwestern unter einem lächerlichen Vorwand während Jahren gefangen. Erst nach Bezahlung eines horrenden Lösegeldes wurden sie entlassen. Zwei Schweizer dürfen seit über einem Jahr Libyen nicht verlassen. Was jedoch unternahm die UNO in diesen beiden Fällen? Nichts, aber ausgerechnet ein Libyer wurde zum Präsidenten der UNO-Vollversammlung gewählt! Über eine halbe Milliarde kostet uns jährlich die UNO-Mitgliedschaft. Bringen tut sie uns – ausser Kritik – gar nichts. Unser gesichtsloser Bundespräsident täte daher gut daran, die Kosten-Nutzen-Verhältnisse unserer Mitgliedschaften in internationalen Organisationen zu analysieren und die sich aufdrängenden Konsequenzen in die Wege zu leiten. Vielleicht würde er dabei sogar sein Gesicht wieder finden!

Otto Weiersmüller, Uetikon

Diskutieren Sie mit dem Regierungsratskandidaten

Chance Gubrist/ Nordumfahrung Zürich

Samstag, 24. Okt. 2009, 11.00 Uhr

Referenten:

Rita Fuhrer,
Regierungsrätin

Ernst Stocker,
Regierungsratskandidat

(anschliessend Apéro)

Ende der Veranstaltung ca. 14.00 Uhr

Ort: **Gewerbehaus in Weiningen,**
neben Gubristtunnel, Parkplätze vorhanden

Rita Fuhrer, Regierungsrätin

Ernst Stocker, Regierungsratskandidat

Überparteiliches Komitee «Ernst Stocker in den Regierungsrat», Postfach 470, 8702 Zollikon, PC-Konto 87-606817-2, www.ernst-stocker.ch, info@ernst-stocker.ch

VERANSTALTUNG «ZÜRICH – WIRTSCHAFTSMOTOR DER SCHWEIZ»

Erfolgreicher überparteilicher Grossanlass mit Ernst Stocker

Fast 300 Interessierte besuchten den überparteilichen Grossanlass mit Ernst Stocker, Ueli Maurer, Markus Kägi, Eduard Witta und Hans-Ulrich Bigler im zürcherischen «Lake Side» am vergangenen Montag, 19. Oktober 2009. Der Anlass war ein voller Erfolg für Regierungsratskandidat Ernst Stocker.

Podiumsteilnehmer: Hans-Ulrich Bigler, Markus Kägi, Filippo Leutenegger, Ernst Stocker und Ueli Maurer (von links).

Stefanie Fritschi. Nach der Begrüssung durch Eduard Witta, Präsident des Forums der Wirtschaftsverbände und Alt-FDP-Kantonsrat, folgte ein Kurzvortrag von Hans-Ulrich Bigler, dem Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbandes. Er skizzierte die Notwendigkeit einer bürgerlichen Regierungsmehrheit für Gewerbe und Wirtschaft. Zudem erklärte er, was aus Sicht des Gewerbes die vordringlichen politischen Anliegen sind.

Mit etwas Verspätung traf schliesslich Bundesrat Ueli Maurer ein, der an einer Sitzung der sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrates teilgenommen hatte. Er wurde vom Publikum mit einem grossen Applaus willkommen geheissen. Ueli Maurer entschuldigte sich für die Verspätung und berichtete kurz über die aktuellsten Ereignisse in Bundesbern. Danach verfolgten die fast 300 Besucherinnen und Besucher gespannt die Diskussion zwischen Bundesrat Ueli Maurer, Regierungsrat Markus Kägi, Regierungsratskandidat Ernst Stocker und Hans-Ulrich Bigler. Moderiert wurde die Diskussion vom ehemaligen Arena-Moderator und FDP-Nationalrat Filippo Leutenegger. Regierungsratskandidat Ernst Stocker konnte das Publikum mit klaren Botschaften und einem souveränem Auftreten überzeugen. Mit seinem Auftritt an diesem Anlass hat Ernst Stocker erneut bewiesen, dass er der richtige Kandidat für die Nachfolge von Regierungsrätin Rita Fuhrer ist. Viele Besucher schätzten es besonders, Ernst Stocker am anschliessenden Apéro auch persönlich kennenlernen zu können.

Minarette stören den Religionsfrieden

Die Glaubensfreiheit ist in der Schweiz wichtig. So war es bisher keine Frage, den Bau von Moscheen in der Schweiz zu bewilligen. Man ist sogar – für mich unverständlich – so weit gegangen, dass man in unserem christlichen Land Kreuze in öffentlichen Räumen abgehängt oder auf Weihnachtsspiele in Schulen verzichtet hat, damit Moslems keinen Anstoss nehmen müssen. Nun kommt mehr und mehr die Forderung, dass neben den Moscheen auch Minarette erstellt werden sollen. Diese ziehen aber unweigerlich die Forderung nach einem Gebetsruf – fünfmal am Tag – mit sich. Ohne diese Absicht braucht es kein Minarett. Dabei lautet der Gebetsruf: «Allah ist grösser. Es gibt keinen andern Gott als Allah!» Es ist doch legitim, dass das Schweizervolk beschliessen kann, dass wir das nicht wollen, weil es den religiösen Frieden stört. Nirgends ist festgehalten, dass ein Minarett zum Glaubensleben eines Moslems gehört. Viele Moscheen in islamischen Ländern haben kein Minarett. In einigen islamischen Ländern ist der Bau sogar verboten. Warum sollen sie denn in der Schweiz gebaut werden? Der Islam hat eben zwei Seiten: Die Religion und der politische Islam, die nicht zu trennen sind. Minarette stellen einen Absolutheitsanspruch von Allah und vom Islam dar. Osman deutete den Halbmond als Zeichen islamischer Weltherrschaft. Das wollen die allermeisten anständigen Moslems, die in unserem Land leben, gar nicht. Einige bezeugen sogar, dass sie vor diesem militanten Islam geflohen sind.

Die Annahme der Initiative, den Bau von Minaretten zu verbieten, verstösst keineswegs gegen die Glaubensfreiheit und bedeutet auch keine Diskriminierung der Moslems in der Schweiz. Es gibt auch in der Bundesverfassung und im Uno-Diskriminierungsverbot Einschränkungen im Blick auf die Glaubensfreiheit, wie z.B. das Schächtungsverbot oder das Ausleben der Scharia. Ausländische Bürger müssen sich an unsere Gesetze und an unser kulturelles Empfinden halten. So ist z.B. eine Baubewilligung für ein Minarett in einer Schweizers Stadt bis dahin nicht erteilt worden, weil ein Anwalt darauf hingewiesen hat, dass ein solch provokativer Turm eine Ausstrahlung habe. Wenn dann noch die Stimme eines Muezzins erschallen wird, was auch aus Gründen der Glaubensfreiheit kaum zu verbieten und im Ausland Praxis ist, so stelle dies eine ideelle Immission dar. Sollte die Initiative verworfen werden, so werden es Gemeinden schwer haben, aufgrund der baurechtlichen Bestimmungen ein Gesuch nicht zu bewilligen. Eine Welle von Baugesuchen wird dann die Folge sein.

Bei allem Respekt vor gläubigen Moslems müssen wir dem ideologischen Islam Grenzen setzen. Wir tun gut daran, die Initiative anzunehmen, die zum Inhalt hat, den Bau von Minaretten zu verbieten.

Robert Rahm, Hallau

Die Profis vom Land

Personal- und Arbeitskräfte (alles Landwirte) für
▸ Gewerbe ▸ Bau
▸ Industrie ▸ Gartenbau
tage- oder wochenweise, Temporäreinsatz
▸ Tel. 055 251 41 41 ▸ info@mrzo.ch
Maschinenring

Freitag, 30. Oktober
ab 17.30 Uhr

Reitanlage Neukirchhof, Bülach

SVP-Metzgete

Sie sind herzlich eingeladen zur traditionellen Puure-Metzgete. Wählen Sie nach Lust und Laune, von Blut- und Leberwurst über Geschnetzeltes bis zu Leberli oder Bratwurst.
Ab zirka 19.30 Uhr: Regierungsratskandidat **Ernst Stocker** spricht zum Thema **Wirtschaftsstandort Zürich.**
Wir freuen uns auf Ihren Besuch!

Freiheit und Eigenverantwortung
SVP
www.svp-buelach.ch

REGIERUNGSRATSERSATZWAHL VOM 29. NOVEMBER 2009

Breiter überparteilicher Zuspruch für Ernst Stocker

Wie breit die Unterstützung der Kandidatur von Ernst Stocker für die Vakanz im Zürcher Regierungsrat ist, zeigten die vergangenen Tage. Nach der EDU und den Jungfreisinnigen haben am Dienstag die Delegierten der CVP und der Kantonalvorstand der EVP Ernst Stocker ihre Unterstützung zugesichert. Daneben sprechen sich bereits mehr als die Hälfte aller Gemeindepräsidenten im Kanton Zürich für den SVP-Kandidaten und Stadtpräsidenten von Wädenswil aus. Anlässlich einer Medienkonferenz hat sich das Überparteiliche Komitee «Gemeindepräsidentinnen und Gemeindepräsidenten für Ernst Stocker» unter der Leitung von Kantonsrat Hans Heinrich Raths der breiten Öffentlichkeit vorgestellt. Dabei legten die Referenten dar, warum sie Ernst Stocker politisch und persönlich zur Wahl in den Zürcher Regierungsrat empfehlen.

«Bürgerlicher Sitzanspruch»

KANTONSRAT
HANS HEINRICH RATHS
GEMEINDEPRÄSIDENT (SVP)
PFÄFFIKON

Der Sitzanspruch der SVP ist nach dem Rücktritt von RR Rita Fuhrer von links bis rechts unumstritten.

Der Wähleranteil von 30,8 Prozent bei den Kantonsratswahlen 2007 legitimiert die SVP geradezu für zwei Sitze im Regierungsrat. Die SP mit einem Wähleranteil von 19,2 Prozent ist heute bereits mit zwei Personen in der Regierung vertreten. Zustehen würden ihr rein arithmetisch knapp 1,4 Sitze. Das heisst, die SP ist heute schon übervertreten.

Mit dem Anspruch auf einen dritten Sitz überspannt die SP den Bogen nun bei weitem.

Richtungswahl für den Kanton

Mit Ernst Stocker hat die SVP einen bürgerlichen Politiker nominiert, der über einen über alle Parteien hinweg anerkannten persönlichen und politischen Leistungsausweis verfügt. Es spricht für die Arbeit und die Person von Ernst Stocker, dass er von Personen aus EDU, EVP, CVP, FDP und SVP unterstützt wird. Durch die Zusammenarbeit im Kantonsrat und im leitenden Ausschuss des Gemeindepräsidentenverbandes habe ich Ernst Stocker gut kennen und schätzen gelernt. Er kann zuhören und denkt, bevor er redet! Als Kantonsrat und Stadtpräsident von Wädenswil ist er mit den kantonalen Dossiers auf das Beste vertraut. Durch die Nomination eines linken Kandidaten sind die Regierungsratsersatzwahlen zu einer Richtungswahl geworden.

Ernst Stocker steht für eine bürgerliche Politik, bei der die Selbstverantwortung und die Freiheit des Einzelnen von grosser Bedeutung sind und im Zentrum stehen. Linke Politik steht für mehr Zentralismus, mehr Umverteilung, Aufblähung des Staatsapparates und damit verbunden, höhere Steuern und Abgaben. Die Wirtschaft und die Gewerbe haben sofort realisiert, was ein Linksrutsch für den Kanton Zürich bedeuten würde. Aus diesem Grund unterstützen Gewerbe und Wirtschaft die Kandidatur von Ernst Stocker.

Ein Vertreter der Gemeinden

Mehr Zentralismus hat auch Auswirkungen auf die Gemeinden. Speziell die beiden linken Regierungsräte nutzen schon heute jede Möglichkeit, um zu regionalisieren und zu professionalisieren (Bsp. regionale Jugendkommissionen, geplante Jugendhilferegionen, RPK). Die Kompetenzen der Gemeinden werden so laufend beschnitten. Zu sagen haben sie sehr oft nur noch wenig bis nichts mehr, zahlen dürfen sie aber schon.

Demgegenüber steht mit Ernst Stocker ein bewährter Kommunalpolitiker, der den nötigen Respekt vor der Gemeindeautonomie hat und der aus eigener Erfahrung weiss, dass viele Aufgaben besser und kostengünstiger durch die Gemeinden gelöst werden, wenn man ihnen dafür den nötigen Spielraum lässt. Ich bin überzeugt, er wird sich als Regierungsrat für ein partnerschaftliches Miteinander von Kanton und Gemeinden einsetzen. Der Kanton Zürich steht vor grossen Herausforderungen. Die Finanzen müssen wieder ins Gleichgewicht gebracht werden, dazu müssen wir uns im Wettbewerb mit anderen Kantonen behaupten. Der bürgerliche Kandidat bietet Gewähr, dass er diese schwierigen Dossiers mit dem nötigen Sachverstand und der nötigen Konsequenz angeht. Ernst Stocker verdient nicht nur mein – sondern auch Ihr Vertrauen!

Ernst Stocker: Bauer, Politiker, Macher

PROF. DR.
RICHARD HIRT
GEMEINDEPRÄSIDENT (CVP)
FÄLLANDEN

Ernst Stocker gehört seit 20 Jahren zu meinen vertrauten politischen Weggefährten. Ich kenne ihn als Mensch, als Bauer, als Kantonsrat, als Kantonsratspräsident, als Mitglied der Geschäftleitung des Kantonsrats und des Leitenden Ausschusses des Gemeindepräsidentenverbandes. Ich schätze und achte ihn als erfahrenen, klugen Politiker mit Bodenhaftung und mit gesundem Menschenverstand. Er bearbeitet seine Dossiers sorgfältig und bringt das Wesentliche in seiner trockenen Art geradlinig auf den Punkt. Er ist kein Blender, kein Schön- und Vielredner und kein Phantast, sondern ein besonnener, ehrlicher, gradliniger Sachpolitiker. Seine Politik kommt nie aus einer extremen Ecke. Sie ist immer von Anstand und Respekt geprägt, sachbezogen und auf eine mehrheitsfähige Problemlösung ausgerichtet. Dabei kommt ihm seine langjährige politische Erfahrung im Kantonsrat und in der Stadt Wädenswil zugute. Spontan taucht bei mir aufgrund des beruflichen und politischen Wirkens und der Wesensart von Ernst Stocker das Bild des berühmten, fortschrittlichen «philosophischen Bauers Kleinjogg vom Rümlanger Katzenrütihof» auf, der von den prominenten Zeitgenossen wie Goethe und Caspar Hirzel als «zuverlässig, lauter, unbestechlich, selbständig, einfach und einzig in seiner Art» bezeichnet wurde. In gleicher Weise wird er übereinstimmend von Mitgliedern aus allen politischen Lagern beurteilt.

Auf Fakten basierend

Gewiss ist er als Bauer und Unternehmer in seine bürgerliche politische Heimat eingebettet. Allerdings fällt ihm die Annäherung an die politisch Andersdenkenden nicht schwer. In den Kommissionen und Beratungen bringt er sein anerkanntes und breites Fachwissen und seine Sichtweise schnörkellos ein. Seine Argumentation im politischen Diskurs basiert nie auf politischen Schlagworten, sondern auf Fakten und seinem politischen Selbstverständnis, ohne je auf Personen zu zielen. Dies verleiht seinen Ausführungen in den Beratungen ein besonderes Gewicht. Im Leitenden Ausschuss des Gemeindepräsidentenverbandes betreut er mit grosser Sachkenntnis, Umsicht und sozialem Engagement das schwierige Ressort Gesundheit und Soziales, also Gebiete, welche einem grossen Wandel unterworfen sind und aus Gründen steigender finanzieller Belastungen heutzutage besonders im Scheinwerferlicht stehen.

Ernst Stocker prüft die politischen Weggefährten aus seinem Umfeld mit sicherem Instinkt auf ihre Verlässlichkeit. Wer ihn als verlässlichen Freund gewinnt, der kann ihm unbeschränkt vertrauen, der darf aber auch nicht vor seiner Offenheit, Ehrlichkeit und seiner direkten Art zurückschrecken. Wer ihm nahesteht, kann aber auch in gemütlicher Runde an seiner liebenswürdigen Art und seinem träfen und trockenen Humor teilhaben.

Der Kanton Zürich steht vor grossen und teilweise sehr schwierigen Aufgaben und Herausforderungen. Ich bin überzeugt, dass der Mensch, der Bauer, Brückenbauer und Politiker Ernst Stocker als Regierungsrat einen wichtigen Beitrag zur Wohlfahrt der Zürcherinnen und Zürcher und zur Weiterentwicklung unseres Kantons beitragen wird.

Jetzt anmelden!

Einladung an: Bezirkspräsidenten, Sektionspräsidenten, Wahlkommissionspräsidenten, Kandidaten und interessierte Mitglieder

Erfolgreiche Gemeindewahlen 2010
Wahlkampftagung

Die Gemeindewahlen 2010 stehen vor der Tür. Die Vorbereitungsarbeiten laufen auf Hochtouren, die Kandidaten stehen fest. Ein idealer Zeitpunkt, um sich an der Wahlkampftagung nochmals aus erster Hand zu informieren, Erfahrungen auszutauschen und letzte offene Fragen zu klären.

Datum Samstag, 31. Oktober 2009
Türöffnung 08.30 Uhr mit Kaffee und Gipfeli
Beginn 09.00 Uhr
Ende 12.00 Uhr
Ort Restaurant Rössli Illnau, Kempttalstrasse 52, 8308 Illnau

Programm

Die Bedeutung der Gemeindewahlen für die SVP
Nationalrat Alfred Heer, Parteipräsident

Bund, Kanton, Gemeinde: Drei Ebenen – eine SVP-Politik
Nationalrat Max Binder, Stadtrat Illnau-Effretikon

Schlussspurt für die Orts- und Bezirksparteien im Wahlkampf:
– Werbemittel erfolgreich einsetzen
– Veranstaltungen und Standaktionen
– Plakatierung, Internet
Gregor A. Rutz, Präsident der Wahlkommission

Praktische Erfahrungsberichte:
Der Wahlkampf in einer ländlichen Gemeinde
Kantonsrat Hanspeter Haug, Gemeindepräsident Weinigen

Der Wahlkampf in einer Stadt
Kantonsrat Ernst Stocker, Stadtpräsident Wädenswil

Im Anschluss Diskussionsrunde / Fragen

Anmeldetalon für die Teilnahme an der Programmtagung vom 31. Oktober 2009

☐ Ich melde mich für die Programmtagung an.

☐ Wir melden uns für die Programmtagung an: _____ Anzahl Personen.

Name: Vorname:

Strasse: PLZ, Ort:

Telefon: E-Mail:

Bitte retournieren an das SVP-Sekretariat, Nüschelerstrasse 35, 8001 Zürich
per Fax 044 217 77 65 oder per E-Mail: sekretariat@svp-zuerich.ch

ANZEIGE

Gut Schlafen

GS Möbel ist seit 40 Jahren *das* Bettenfachgeschäft für gesundes Schlafen und gediegene Wohnkultur.

Hier finden Sie die besten Marken für Betten, Matratzen, Bettsofas und Pflegebetten. Parkplätze vorhanden! Beratung auch bei Ihnen zuhause.

superba Schweizer Schlafkultur riposa SWISS SLEEP

Zähringerstr. 32, 8001 Zürich, 044 251 11 84
Büro im Zürcher Oberland: 044 938 10 10
www.gsmoebel.ch Montags geschlossen

Gesund Schlafen. GS MŒBEL

Abonnieren Sie gratis unseren

Newsletter

unter

www.svp-zuerich.ch

Fadegrad

Krasse Unterbringung

VON ROLF A. SIEGENTHALER

In der Strafanstalt Pöschwies ist eine neue Abteilung eingerichtet worden. Sie heisst Forensisch-Psychiatrische Abteilung und wird von Dr. Frank Urbaniok verantwortet, dem Chefarzt des Psychiatrisch-Psychologischen Dienstes des Kantons Zürich. Frank Urbaniok ist zumindest bei der SVP nicht unumstritten. Er verkörpert für uns den Strafvollzug, der eher den Täter denn das Opfer in den Mittelpunkt stellt. Dies ist möglicherweise eine krasse Vereinfachung, aber das Misstrauen gegenüber den Praktiken von Dr. Urbaniok bleibt auch bei mir trotzdem bestehen. Wenn wir die Auskünfte lesen, die wir der Zeitung entnehmen können, dann wird dieses Misstrauen nicht kleiner. Leider hat es der Regierungsrat nämlich versäumt, die zuständige Kommission für Justiz und Öffentliche Sicherheit vorgängig zu orientieren. Die neue Abteilung soll 24 Plätze umfassen. Diese sollen von Männern besetzt werden, die zuvor verwahrt wurden, weil sie Persönlichkeitsstörungen haben und schwere Gewalt- oder Sexualstraftaten verübten. Es sind also diejenigen Straftäter, um die es bei der Verwahrungsinitiative ging, welche das Volk angenommen hat und mit der sich der Gesetzgeber in Bern seither schwertut. Diese Schwerverbrecher werden alle zwei Jahre auf ihre Therapierbarkeit überprüft. Offenbar gibt es heute 18 Männer, die für dieses Sonderprogramm ausgewählt wurden. Sie sollen nun die mindestens 5 Jahre durchleben, die es braucht, bis allenfalls eine weniger krasse Unterbringung verantwortbar erscheint. Das Wort «krass» drängt sich mir in diesem Zusammenhang förmlich auf. Das Betreuungsverhältnis ist nämlich 1:1. Das heisst, auf jeden Persönlichkeitsgestörten kommt ein Therapeut. Die Häftlinge müssen putzen und andere Arbeiten verrichten. Wenn sie mit Gewalt reagieren, schreitet der Therapeut ein. Der Sinn der Sache ist die totale Überwachung der Insassen. «Man kann einem Therapeuten nicht zehn Jahre lang 24 Stunden am Tag Fortschritte vorspielen», wird Urbaniok im Tagi-online zitiert. Es kann ja sein, dass ein gefährlicher Irrer lernt, wie er seine Beobachter austricksen kann, um – wieder in Freiheit – sogleich eine Straftat zu begehen. Und hier kommt bei mir das Misstrauen auf. 24 Stunden Überwachung, ein Therapeut pro Insasse; welche Sorte Mensch kann eine solche Arbeit ausführen? Einen gefährlichen Geistesgestörten in sicherer Verwahrung während fünf Jahren täglich während möglichst langer Zeit zu beobachten; gleich einer Amöbe unter dem Mikroskop oder dem Versuchtier im Käfig – aber geht es hier um Menschenversuche oder um Therapie? Lassen wir nochmals den Meister sprechen: «Bei diesen 18 Häftlingen sehe ich aber wenig Chancen, dass sie nach fünf Jahren schon so weit sind.» Worum geht es denn dann, und welches sind die Motive der Therapeuten, wenn es keinen Therapieerfolg geben kann?

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Geschenk der SVP-Fraktion für Stadträtin Ruth Genner

Ein nicht gerade alltägliches Szenario: Fraktionschef Mauro Tuena (SVP) überreichte in der ersten Sitzung nach den Herbstferien der grünen Stadträtin Ruth Genner ein Geschenk. In einer kurzen Fraktionserklärung erläuterte Tuena den Grund für die überraschende Aktion.

DANIEL REGLI
GEMEINDERAT SVP ZÜRICH 11

Am 8. September 2009 war die IG Pelikan mit der Meldung an die Öffentlichkeit getreten, dass in der Stadt Zürich entgegen dem historischen Kompromiss 1006 Parkplätze illegal abgebaut worden seien. Die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements (TED), Ruth Genner, versprach ohne zu zögern, bis nach den Herbstferien eine verifizierte Parkplatzbilanz vorzulegen.

Um die Aufklärung der misslichen Sachlage voranzutreiben, verlangte die SVP-GR-Fraktion mit einem Vorstoss am 23. September 2009 die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK). Ordnungsgemäss wurde dieses Geschäft auf die erste GR-Sitzung nach den Herbstferien angesetzt und in die Tagliste aufgenommen.

Das Erstaunen war dann nicht gerade riesig, als die interfraktionelle Konferenz (IFK) kurz vor der GR-Sitzung gebeten wurde, die Behandlung des Geschäfts abzusetzen und um zwei Wochen zu verschieben. Wie es in einem solchen Fall jeweils abläuft, ist sattsam bekannt. SVP-Vertreter, in diesem Fall Fraktionschef **Mauro Tuena**, wehren sich mit Händen und Füssen. Und die übermächtigen anderen Parteien erfüllen den Wunsch der Behörden, in diesem Fall jenen der Vorsteherin des TED.

Eine Erklärung Genners, warum sie ihre Zusage nicht einhalten konnte, war in der Gemeinderatssitzung nicht vorgesehen. So ergriff die SVP die Gelegenheit, mit ihrer Fraktionserklärung zumindest ihren Unmut zu bekunden (siehe unten). In seinen Ausführungen mutmasste Tuena, Frau Genner hätte möglicherweise Schwierigkeiten beim Zählen der noch vorhandenen Parkplätze. Und so überreichte er der grünen Politikerin einen kinderbunten Zählrahmen. Gelächter im Rat. Und immerhin ein überraschtes Lächeln bei Ruth Genner.

Verabschiedung von Bruno Garzotto

Ein weiteres, seit längerem angekündigtes Geschäft konnte von Ratspräsident Schönbächler (CVP) dann bestens über die Bühne gebracht werden: die Verabschiedung von Gemeinderat **Bruno Garzotto** (SVP). Schönbächler würdigte den Einsatz Garzottos, der seit mehr als acht Jahren sehr aktiv im Gemeinderat sowie der Kommission Hochbau/Stadtentwicklung mitarbeitete. Der Gemeinderat habe profitiert von der praktischen Erfahrung Garzottos als Leiter eines KMU-Betriebes, der auch Lehrlinge ausbilde. Die Weiterführung dieses seit 1926 bestehenden Familienbetriebes sei auch der Grund für Garzottos Rücktritt aus dem Rat. Die Einarbeitung und Übergabe der Schreinerei an seinen Sohn würden in nächster Zukunft Garzottos erhöhtes Engagement erfordern.

Mit einem kleinen Geschenk verabschiedete der Ratspräsident sodann Bruno Garzotto in den politischen Ruhestand. Das Parlament der Stadt Zürich wird jedoch nicht auf die Kompetenz und das Engagement der Familie Garzotto zu Gunsten der städtischen Politik verzichten müssen. Die 1. Vizepräsidentin des Gemeinderates, GR Marina Garzotto (SVP), hält weiterhin die Stellung und avanciert mit etwas Wählerglück im nächsten Jahr gar zur Ratspräsidentin.

FRAKTIONSERKLÄRUNG

Diskussionsverweigerung zur Parkplatzproblematik in Zürich

Am 8. September 2009 gelangte die IG Pelikan mit ihrer fundierten und bis ins kleinste Detail dokumentierten Zählung der Parkplätze im Stadtzürcher Kreis 1 an die Öffentlichkeit. Bereits einen Tag später kommentierte wohl etwas sehr voreilig die dafür zuständige Stadträtin die präsentierten Zahlen in den Medien als falsch. Kurz darauf krebste Ruth Genner zurück und versprach, bis spätestens nach den Herbstferien mit den Zahlen ihrer Verwaltung an die Öffentlichkeit zu gelangen. Dies wolle sie mit einem Bericht kundtun, versprach die Magistratin damals.

GEMEINDERAT
MAURO TUENA
FRAKTIONSCHEF SVP
ZÜRICH 4/5

Frau Genner, jetzt ist nach den Ferien. Besorgte Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt fragen sich zu Recht, nach welchen Ferien sie dazumal wohl gemeint haben. Nach wie vor hüllen Sie sich in tiefes Schweigen. Wo liegen hierfür wohl die Gründe? Haben Sie etwa das Zählen verlernt? Oder suchen Sie immer noch die auf unerklärliche Art und Weise verschwundenen Parkplätze? Oder überlegen Sie sich gar, wie Sie auf die Schnelle 1006 Parkplätze erstellen können, um nicht zugeben zu müssen, dass seitens der Verwaltung Parkplätze illegal abgebaut wurden? Fragen über Fragen.

Vor vier Wochen haben zudem die Fraktionen von FDP und CVP zur gleichen Thematik eine dringliche schriftliche Anfrage eingereicht. Gemäss Artikel 88 Absatz 6 der Geschäftsordnung des Gemeinderates muss der Stadtrat diese innert vier Wochen beantworten – und nicht etwa, wie von Frau Genner behauptet, innert 30 Tagen. Doch auch diese Antwort ist bis jetzt nicht eingetroffen.

Dass das Büro des Gemeinderates per Mehrheitsentscheid die Behandlung der beiden Beschlussanträge zur gleichen Thematik um zwei Wochen verschiebt, ist unverzeihlich.

Zählrahmen für Stadträtin Genner

Eines zeigt sich klar: Die linke Mehrheit des Gemeinderats setzt alles daran, die dringend nötigen Diskussionen in Zusammenhang mit dem sogenannt historischen Parkplatzkompromiss möglichst unter dem Deckel zu halten. Doch auch hier wird die Wahrheit früher oder später ans Tageslicht gelangen.

Um Frau Stadträtin Genner das Zählen der Parkplätze etwas zu erleichtern, wurde ihr anlässlich der Gemeinderatssitzung vom Mittwoch im Namen der SVP-Gemeinderatsfraktion ein Zählrahmen überreicht.

Parolen zur Volksabstimmung vom 29. November 2009

Städtische Vorlagen

Stadtpark Hardau, Objektkredit von 13,23 Mio. Franken	NEIN
Neues Organisationsmodell für die Sozialhilfe in der Stadt Zürich, Änderung der Gemeindeordnung	JA
Elektrizitätswerk, Erhöhung des Objektkredites von 19,89 Mio. Franken um 18,81 Mio. Franken auf 38,7 Mio. Franken für eine zweite Bohrung zur Erforschung der Geothermienutzung und zur Erschliessung des Wärmepotenzials im Triemli-Quartier sowie für den Bau einer Energiezentrale	NEIN
Volksinitiative «40 Meter sind genug»	NEIN

3. SVP Studentenlunch

Regierungsratskandidat Ernst Stocker stellt sich den Studenten vor

Liebe Mitstudierende der Uni, ETH und FH's Zürich

Am Dienstag, den 3.11.2009, um 12: 15 Uhr, steht der **Regierungsratskandidat Ernst Stocker** uns Studierenden im Rahmen des 3. SVP-Studentenlunch Red und Antwort. Begleitet wird er vom **ehemaligen Generalsekretär der SVP-Schweiz Gregor Rutz**. Wir treffen uns **neu im Restaurant Vorderberg im Zofinger-Stübli** im 1.Stock (Zürichbergstrasse 71, 8032 Zürich) **Tramhaltestelle Kirche Fluntern** mit den Nummer 5 oder 6)

Es würde uns freuen, wenn Du auch dabei bist.

Eine Anmeldung ist bis spätestens 1.11.2009 unter studentenlunch@gmx.ch erforderlich.

Wir freuen uns auf ein zahlreiches Erscheinen

(Kosten: Mittagessen inkl. Getränke Fr. 17)

Michael Lüdi (SVP Oberengadin), **Tiziano Foiera** (SVP Küsnacht), **Patric Eggler** (SVP Stadt Zürich)

SVP

☐ Ich möchte als Sympathisant der IG Freiheit beitreten und unterstütze die IG Freiheit mit einem jährlichen Betrag von mindestens 20 Franken (PC-Konto 85-518003-6)

IGFreiheit

Name
Vorname
Strasse
PLZ, Ort
E-Mail

Bitte einsenden an: Geschäftsstelle IG Freiheit, Postfach 470, 8702 Zollikon
Fax 044 391 32 30, E-Mail: info@freiheit-liberte.ch

WUCHEMÄRT

WOCHE FÜR WOCHE AKTUELL

ZU VERKAUFEN

Zirka 10–15 Tonnen **schöne Futterrüben,** Richard Hinderling, Waltenstein, Räterschenstrasse 29, 8418 Schlatt, Tel. 079 456 92 25.

Wärmepumpe, Occasion und Ersatz Kompressor; **2 Kühl-Gefrierschränke** Kan. TR-Kiste, Umwälzpumpe 230 V 4 St. Kommode abgel. Tel. 079 348 07 41.

Schneefräsen, 5 bis 13 PS ab Fr. 1550.–, netto; **Uniforest Seilwinden,** 5 bis 8 t, zu Sonderpreisen; **Schneeketten** zu Toppreisen, Tel. 079 359 85 16.

Hyundai Terracan, 2,9 CR 01, Anhängelast 2800 kg, Jg. 2005, blau, Automat, Swiss Edition, Preis Fr. 11 500.–, Tel. 079 421 27 13.

Günstig abzugeben: **Holzkreissäge** mit mobilem Motor und Keilriemen, Tel. 079 442 07 16.

Silohäcksler Mengele Blitz FHS für Gras und Häckselgut, Top-Zustand; **4-Rad-Wagen,** Metallbrücke 4,5 x 1,8 m mit Gatter, solider Unterwagen, 4-Rad-Bremsen. Tel. 052 363 30 00.

1 Elektromotor, fahrbar, 2 Räder, Motor zirka 4 PS mit leerer Kabelrolle. Barzahlung, Tel. 052 304 85 50.

Kulturegge Rabe 2,80 Dop. Krümmler, Fr. 500.–; **Kulturegge** 250 mit Krümmler, Fr. 200.–; **Zweisch. Düngerstr.** Amazone, Fr. 500.–; **Zweischarpflug** Rabe Specht mit Streifenriestern, Fr. 900.–; **Feldspritze** Fischer 12 m Bl., Fr. 800.–. Oskar Schmid, Ob den Gärten, 8468 Waltalingen, Tel. 052 745 15 65.

Zu verkaufen oder zu verstellen **Kühe mit Milch.** Max Wyler, 8610 Uster, Tel. 044 940 18 19.

Wenn Ihnen Ihre Cholesterinwerte wichtig sind: gesunde Ernährung, ausreichende Bewegung und *Bios Life®*

Cholesterin

Unser pat. Produkt aus rein natürlichen Stoffen! In über 30 Ländern Millionen zufriedener Kunden! S.S. aus D: „Mein LDL sank in 5 Wochen von 7.4 auf 5.1!“

Rufen Sie uns jetzt an!

slimconcept **079 882 84 34**

Küchenmaschine Kenwood Chef KMT 016 Titanium mit Mixaufsatz und Auswurfwaffel. Neu mit 24 Monaten Garantie, Fr. 850.–, Tel. 079 673 05 81.

Ducati Monster 600, gelb, 19 500 km, spezielle Blinkeranlage, ab Service, gut im Zustand, Fr. 9750.–, Rafael Seeh, Menzengrüterstr. 3, 8544 Attikon, Tel. 079 635 11 23.

Rübenschneider Herborg Mod. 103, Tel. 055 245 18 34.

ZU KAUFEN GESUCHT

Achtung! Zahle **Höchstpreise** für alle **Autos.** Komme bei Ihnen vorbei. **044 822 26 11.**

Kreiselschwader Pöttinger 380 N, Tel. 079 380 44 53.

Grupper Fa. Griesser, 3 m breit, 3 Balken, Tel. 044 844 33 49.

Fette Kühe und fette Rinder. Max Wyler, 8610 Uster, Tel. 044 940 18 19.

Kleines Bauunternehmen sucht im Zürcher Oberland **Schopf/Scheune** mit Wasser- und Stromanschluss (oder Möglichkeit zur Installation) als Lager. Gerne auch mit Wohnhaus. **Miete oder Kauf** per sofort oder nach Vereinbarung. Tel. 055 240 60 32 oder 079 343 63 68.

WEITERBILDUNG

Sievi-Liegenschaftenbetreuungen: Ihr kompetenter Partner für Hauswartungen allgemein und Gewerbeliegenschaften; Umgebungsarbeiten, Gartenarbeiten; Reinigungen, Kleinreparaturen, Tel. 079 662 53 15, Sievi-Liegenschaftenbetreuungen.

DIENSTLEISTUNG

Ein schöner Garten ohne viel Aufwand geht nicht? Geht doch! Die all4green GmbH installiert und wartet Bewässerungssysteme, Rasenroboter und Regenwasseranlagen. Interessiert an einer kostenlosen Offerte? Weitere Infos finden Sie unter www.all4green.ch. all4green gmbh, Christian Braunwalder, Im Tobel 4, 8340 Hinwil-Hadlikon, Tel. 044 260 11 33.

CSB Netcom, Informatik für Kleinst- und Kleinbetriebe! Faire Konditionen! www.csb-netcom.ch, Tel. 079 601 52 31.

SVP-NETZWERK

SVP-Fotograf Christian Mettler steht auch Ihnen für Aufträge gerne zur Verfügung. Telefon 079 689 29 71. E-Mail: cmettler@hispeed.ch

IMMOBILIEN

Zu verkaufen in **Vals** im Haus Zervreila **renoviertes Studio.** Nähere Infos unter Tel. 044 221 11 12, Di–Fr. 9.00 bis 18.00 Uhr.

ZU VERMIETEN

Loft zu vermieten, 180 m², neue Küche, direkt beim Bahnhof Nänikon, trotzdem sehr ruhig, Fr. 2600.–/Monat. P. Keller, Stahansstr. 71, 8606 Nänikon, Tel. 079 426 21 26.

FREIZEIT

So bleiben Ihre Schallplatten rund und Ihre Videos, Dias und Fotos werden es auch! Denn Data-Repro.ch überspielt Ihre Schallplatten, Musikkassetten, Dias, Fotos und Videos auf CD und DVD. www.data-repro.ch, 044 720 09 09.

STELLEN-ANGEBOTE

Maschinenring sucht **motivierte Leute,** die anpacken können, Raum Kanton Zürich für Landwirtschaft, Gartenbau, Bau, wochenweise oder länger, Tel. 055 251 41 41.

ZU VERSCHENKEN

2 Stück Bruggenwaagen mit Pneus und Aufbauten. Tel. 079 409 55 39.

WEITERBILDUNG

Internationale Sprachschule, Privat, 45 Min., multilinguale Methode, Dr. Jucker ZH. Tel. 079 378 57 81 SMS.

IHR INSERAT FÜR DEN WUCHEMÄRT

Zürcher Bauer Der Zürcher Bote

Sie suchen etwas Spezielles oder möchten sich schon lange von einem Gegenstand trennen? Fehlt Ihnen eine Begleitung zum Wandern oder Jassen? Inserieren Sie einfach und unkompliziert: Füllen Sie den Coupon aus und retournieren Sie ihn mit dem passenden Barbetrag.

3 Zeilen à 35 Anschläge (total 105) für nur Fr. 20.– inkl. MWSt

6 Zeilen à 35 Anschläge (total 210) für nur Fr. 40.– inkl. MWSt

Wählen Sie bitte die gewünschte Rubrik

- zu verkaufen
- zu verschenken
- zu kaufen gesucht
- zu vermieten
- Freizeit/Kontakte
- ____

Anzahl der Erscheinungen ____ mal

Name

Vorname

Strasse

PLZ/Ort

Telefon

E-Mail

Einsenden an: «Zürcher Bauer/Der Zürcher Bote», Inserate, Herbert Keller, Seestrasse 95, 8800 Thalwil.

Einsendeschluss: jeweils am Dienstag für die Ausgabe vom Freitag.

Leider können wir nur Inserate veröffentlichen, für die der korrekte Betrag beiliegt. Besten Dank für Ihr Verständnis

Mit Sicherheit das Pneuhaus mit den vernünftigen Preisen!

Öffnungszeiten:
Mo–Fr 8.00–12.00 Uhr/13.30–18.30 Uhr
Sa 8.00–12.00 Uhr
oder nach telefonischer Vereinbarung

In Top moderner Werkstatt
- Pneus für: LKW, PW, Landwirtschaftsmaschinen, Motorräder, LKW-Neugummierungen
- Alu- + Stahlfelgen • Radwaschmaschine

Otto Schaufelberger Hinwil
Fabrikstr. 3, Tel. 044 937 43 91

LOHNSCHLACHTUNGEN

Schlachten, Zerlegen, Ausbeinen, Dressieren u. Wursten, offen/vac. und ausgezeichnet. Für Ihren Eigenbedarf oder Direktvermarktung. Interessiert? Rufen Sie mich an! Fleisch und Wurst En-gros-Verkauf: «Kiloweise – Superpreise!» Henri Diggelmann, Metzgerei «zum Steg», 8496 Steg i.T., Tel. 055 245 13 24.

ZÜRCHER BOTE/BAUER RÄTSELSPASS

DAS KÖNNEN SIE GEWINNEN:

50 FRANKEN Reka-Checks

Der Reka-Check – das touristische Zahlungsmittel

Reka-Checks sind ein Zahlungsmittel für touristische Leistungen in der Schweiz. Rund 7000 Annahmestellen in der Schweiz im Bereich Ferien, Freizeit und Reisen akzeptieren Reka-Checks wie Bargeld.

So können Sie gewinnen!

Senden Sie an die unten stehende Adresse eine frankierte Postkarte mit dem Lösungswort und der Ausgabenummer. **Einsendeschluss ist Mittwoch, 28. Oktober 2009:**

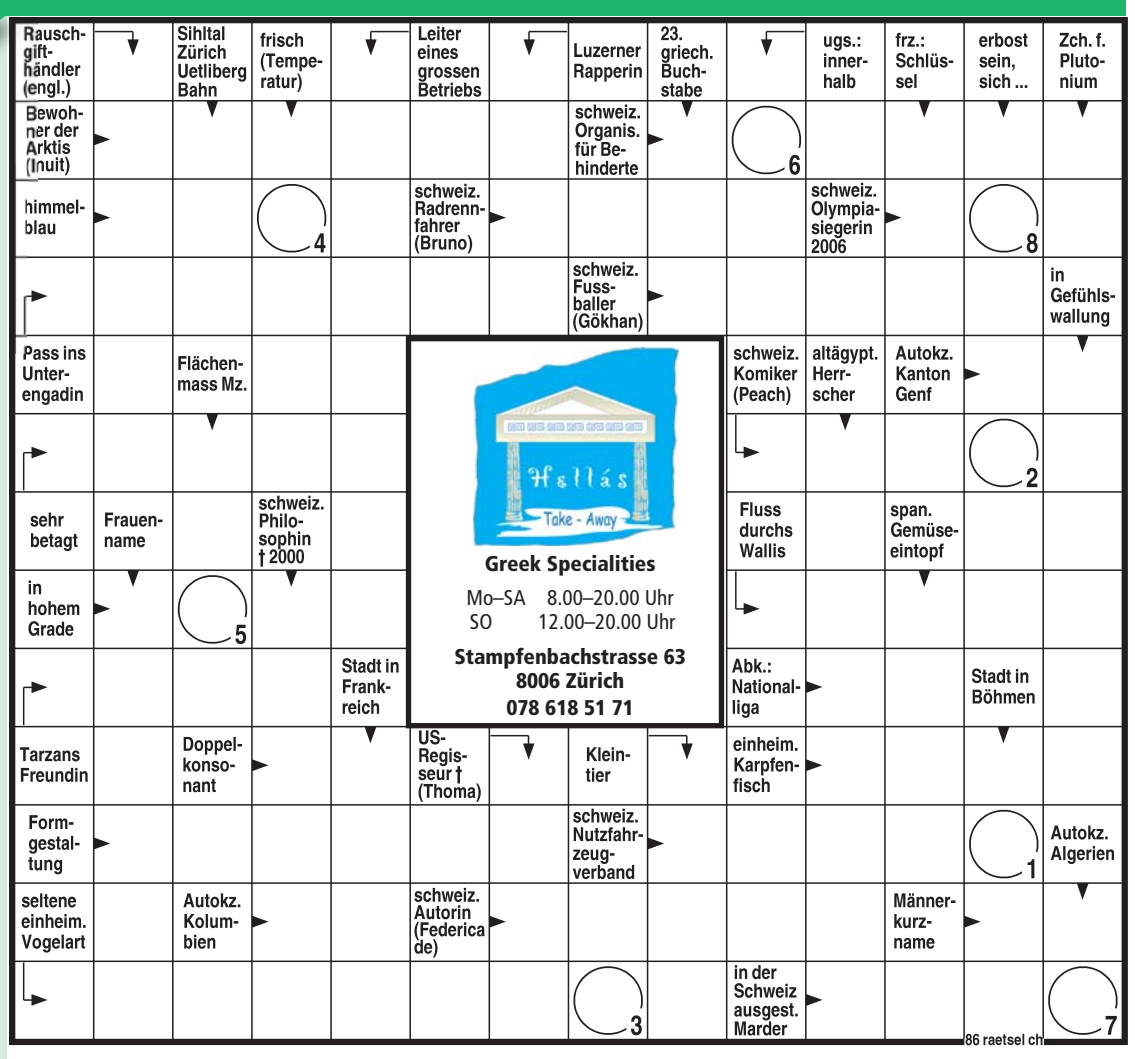
Zürcher Bote/Bauer Wochenrätsel
Seestrasse 95
8800 Thalwil

Über das Gewinnspiel wird keine Korrespondenz geführt.
Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Der Gewinner aus Nr. 40/09
Lösungswort: Spargel

Gewinner: F. Rinderknecht, Wallisellen

Schwedenrätsel
Das Lösungswort ergibt sich, wenn Sie die Buchstaben aus den nummerierten Kästchen in die Lösungsfelder übertragen.



1	2	3	4	5	6	7	8

Lösungswort Woche 43/09

Wöchentliche Fernsehsendung mit Christoph Blocher

Abgew. Bundesrat Christoph Blocher stellt sich wöchentlich den Fragen von Dr. Matthias Ackeret, Journalist und Autor des Buches «Das Blocher-Prinzip». Die aktuelle Fernsehsendung wird jeweils am Samstagnachmittag ab 14.00 Uhr im Internet auf www.teleblocher.ch übertragen.

SVP-KANTONSRATSFRAKTION

Kantonsrat / Fraktion
Montag, 26. Oktober 2009, 13.00 Uhr, Sitzung, Zunfthaus zur Haue.

SVP-STAMM

Bezirk Bülach / Embrach
Jeweils am letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 bis 12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

Bezirk Dielsdorf / Dielsdorf
Mangels Interesse, findet am Montag, 2. November 2009, der letzte Stamm im Restaurant Jägerstübli statt.

Bezirk Horgen / Oberrieden
Jeden 3. Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Bar Galerie zur Zinne, Oberrieden.

Bezirk Horgen / Rüschlikon
Der Barometer findet jeweils am ersten Donnerstag im Monat von 17.30 bis 19.00 Uhr, Restaurant «Tracht», statt.

Bezirk Meilen / Männedorf
Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 bis 12.00 Uhr, Restaurant Widenbad, Männedorf (ausgenommen August).

Bezirk Pfäffikon / Illnau-Effretikon
Jeden ersten Montag im Monat, 18.30 bis 20.00 Uhr, Restaurant Rössli, Illnau, U30-Stamm (Jahrgang 1977 und jünger).

Jeden Gemeinderatsdonnerstag, 17.00 bis 19.00 Uhr, Donnerstagsapéro, QN-Bar, Effretikon.

Bezirk Pfäffikon / Weisslingen
Jeweils am letzten Samstag im Monat, ab 10.30 Uhr, Nöggis Bierhanä, Neschwil.

Bezirk Uster / Uster
Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 bis 12.00 Uhr, Landgasthof Puurehuus, Wermatswil.

Bezirk Winterthur / Altstadt, Mattenbach, Veltheim und Töss
Jeweils am letzten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, in der Café Bar Lifestyle, Schaffhauserstrasse 64, Winterthur.

Bezirk Winterthur / Elgg
Jeden ersten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Eintracht, Elgg.

Bezirk Winterthur / Seuzach
Jeden ersten Sonntag im Monat, ab 10.00 Uhr, Restaurant Bernergüetli, Seuzach.

Stadt Winterthur / Seen
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Kafi Burehus, Winterthur-Seen.

Stadt Winterthur / Wülflingen
Jeweils Samstagmorgen, ab 11.00 Uhr, Restaurant Hirschen, Winterthur-Wülflingen.

Stadt Zürich / Kreis 3
Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Restaurant Falcone, Birmensdorferstrasse 150, Zürich-Wiedikon.

Stadt Zürich / Kreis 6
Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Restaurant Neubühl, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 11
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Felsenberg, Felsenrainweg 19, Zürich-Seebach.

Stadt Zürich / Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Ziegelhütte (Ende Hüttenkopfstrasse, Zürich).

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Affoltern / Hausen am Albis
Montag, 9. November 2009, 20.00 Uhr, Restaurant Schönegg, Vorstandssitzung und Stammtisch.

Montag, 30. November 2009, 20.00 Uhr, Ebertswil, Aufenthaltsraum. Parteiversammlung mit anschliessendem Chlaushöck.

Bezirk Bülach / Bülach
Freitag, 30. Oktober 2009, 17.30 Uhr, Neukirchhof, Reitanlage. SVP-Puure-Metzgete. Ab 19.30 Uhr spricht Regierungsratskandidat Ernst Stocker zum Thema: Wirtschaftsstandort Zürich.

Bezirk Bülach / SVP und SP Winkel, Bülach, Bachenbülach, Höri und Hochfelden
Dienstag, 10. November 2009, 20.00 Uhr, Gemeindesaal Höri (bei Post und Restaurant Pöstli), Höri, öffentliche Veranstaltung zum Thema «Der politische Islam in der Schweiz: Was nützt die Minarettinitiative?». Pro: Barbara Steinemann, Kantonsrätin SVP, Regensdorf; Dr. Ulrich Schlüer, Nationalrat SVP, Flaach, contra: Andreas Gross, Nationalrat, SP, Zürich, Marcel Burlet, Kantonsrat, SP, Regensdorf.

Bezirk Bülach / Wallisellen
Donnerstag, 29. Oktober 2009, 19.30 Uhr, Kriesbachstrasse 1, K. Müller AG. Parteiversammlung mit anschliessendem Apéro.

Samstag, 21. November 2009, 9.00–12.00 Uhr, Dorfzentrum vor Apotheke, Standaktion für Ernst Stocker in den Regierungsrat.

Bezirk Dielsdorf / Dielsdorf
Samstag, 7. November 2009, 9.30–11.30 Uhr, Dorfzentrum vor der Gerichtsapotheke, Standaktion für Ernst Stocker in den Regierungsrat.

Bezirk Dielsdorf / SVP und SP
Montag, 26. Oktober 2009, 20.00 Uhr, Restaurant roter Apfel, Spitzstrasse 17, Niederhasli, öffentliche Veranstaltung zum Thema «Minarettinitiative Ja oder Nein: Minarette und Kirchtürme nebeneinander?». Teilnehmer pro: Nationalrat Dr. Ulrich Schlüer, SVP, Flaach und Kantonsrätin Barbara Steinemann, SVP, Watt-Regensdorf. Teilnehmer contra: Nationalrat Andreas Gross, SP, Zürich und Daniel Frei, Sekretär SP Kanton Zürich, Niederhasli. Gesprächsleitung: Silvio Seiler, freier Journalist.

Bezirk Dietikon
Samstag, 24. Oktober 2009, 14.30 Uhr, Gemeindezentrum Brüelmatt, Birmensdorf, 13. traditionelle Jassmeisterschaft. Gespielt wird der Handjass mit vier Passen à je 12 Spielen. Als 1. Preis winken wie immer 157 Franken. Ausserdem gibt es viele schöne Preise zu gewinnen. Die Ortspartei lädt alle Jasserinnen und Jasser, die auch gerne einen gemütlichen Nachmittag verbringen möchten, herzlich ein. Kurzentschlossene können sich um 14.00 Uhr vor Ort noch anmelden.

Bezirk Hinwil / Gibswil
Montag, 26. Oktober 2009, 20.00 Uhr, Hinwil, Gasthof Hirschen. Podium «Wirtschaftsstandort, Arbeitsplätze, Finanzen.» Referenten: Regierungsratskandidat, Kantonsrat Ernst Stocker Wädenswil SVP, Stadtpräsident, Urs Fischer Wetzikon FDP, ehemaliger Gemeindepräsident und Unternehmer, Hansueli Gubler Hinwil FDP. Moderation: Bezirksratskandidatin, Kantonsrätin Ruth Frei Gibswil.

Bezirk Horgen / Wädenswil
Freitag, 23. Oktober 2009, ab 19.00 Uhr und Samstag, 24. Oktober 2009, ab 18.00 Uhr, bei Familie Ernst Stocker, Im Himmeri, Wädenswil, Metzgete auf dem Bauernhof. Live: Raphael Fuchs & Co. Reservationen möglich unter Telefon 044 780 68 37 oder per E-Mail: ernst.stocker@pop.agri.ch. Signalisation ab Autobahnausfahrt Wädenswil, Kreuzung Feld und Beichlen.

Bezirk Meilen
Samstag, 28. November 2009, 19.00 Uhr, Zumikon, Sunnmatt Lodge (vis-à-vis ZumiPark). SVP-Advents-Abend mit Musik, Apéro, Salatbuffet, Fondue Chinoise und Dessertbuffet. Mit den Ehrengästen: Walter Frey, alt Nationalrat und Vizepräsident SVP Schweiz, sowie Ernst Stocker Regierungsratskandidat. Anmeldung bis 25. November an: Benno Müller, Sunnmatt 4, 8126 Zumikon, Telefon: 044 918 14 25, Fax 044 918 14 79, E-Mail: info@sunnmatt-lodge.ch.

Bezirk Meilen / Stäfa
Samstag, 24. Oktober 2009, 9.00–11.00 Uhr, zwischen Migros und Gemeindehaus, Standaktion mit Regierungsratskandidat Ernst Stocker.

Bezirk Pfäffikon / Russikon
Freitag, 23. Oktober 2009, 19.30 Uhr, Schützenhaus, Russikon (ab 19.00 Uhr Apéro), SVP-Party 2009. Um 19.30 Uhr traditioneller Beinschinken mit Kartoffelsalat. Im Anschluss referiert Ehrengast Markus Kägi, Regierungsrat, zum Thema «Freuden und Leiden eines Baudirektors». Danach Lotto-Match mit attraktiven Preisen! Parteimitglieder, Gäste und Freunde der SVP sind herzlich eingeladen.

Bezirk Pfäffikon / Weisslingen
Freitag, 6. November 2009, 20.00 Uhr (Türöffnung 19.30 Uhr), Kirchgemeindehaus Weisslingen, öffentliche Herbstveranstaltung zum Thema «Brauchen wir Kampfflugzeuge?». Referat und Diskussion über den Tiger-Teilersatz mit Korpskommandant Markus Gygax, Kommandant Schweizer Luftwaffe.

Bezirk Uster / Uster
Donnerstag, 22. Oktober 2009 bis Sonntag, 25. Oktober 2009, Uster-Messe, Stand Nr. 303 in der Zelthalle. Stadtratskandidaten Hans Streit (bisher) und Werner Egli (Gemeinderat, neu) sowie die Gemeinderatskandidatinnen und -kandidaten freuen sich auf ein persönliches Gespräch mit Ihnen. Besuchen Sie unseren Apéro, täglich von 18.00 bis 20.00 Uhr. Sonntag, 25. von 11.30 Uhr bis 12.30 Uhr Besuch von Regierungsrat Markus Kägi und von 12.30 Uhr bis 15.00 Uhr ist anwesend Regierungsratskandidat Ernst Stocker.

Stadt Zürich / Kreis 9
Samstag, 31. Oktober 2009, 9.00–11.30 Uhr, Lindenplatz Altstetten (bei den Fahnenstangen) Standaktion.

Samstag, 7. November 2009, 9.00–11.30 Uhr, Coop A-Park Albisrieden (hinter Buswartehäuschen), Standaktion.

Samstag, 14. November 2009, 9.00–11.30 Uhr, Lindenplatz Altstetten (bei den Fahnenstangen), Standaktion.

Samstag, 21. November 2009, 9.00–11.30 Uhr, Migros Albisrieden, Albisriederstrasse 365, Standaktion.

Stadt Zürich / Kreis 11
Samstag, 21. November 2009, 13.00 Uhr (Türöffnung 12.30 Uhr), Hotel Kronenhof, Wehntalerstrasse 551 (grosser Saal), Zürich-Affoltern, Preisjassen. Anmeldungen bis spätestens Samstag, 31. Oktober 2009, an Hans Nikles, Glattalstrasse 51, 8052 Zürich, Telefon 044 302 76 75, Fax 044 302 67 25 oder E-Mail: hans.nikles@hispeed.ch. Bitte Name, Vorname, Adresse, PLZ/Ort und Telefon angeben.

Winterthur Stadt – Veranstaltungen mit Stadtratskandidat Daniel Oswald
Samstag, 7. November 2009, 10.00–12.00 Uhr, Besichtigung Wespi Mühle. Treffpunkt: Wieshofstrasse 105, Winterthur.

SVP-FRAUEN

Frauengruppe SVP Stadt Zürich
Montag, 2. November 2009, 19.30 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Mitgliederversammlung. Die Stadtratskandidaten Mauro Tuena und Dr. Karl Zweifel sind unsere Gäste und stellen sich vor.

Samstag, 7. November 2009, 10.00–12.00 Uhr, vor dem Café Mandarin, Standaktion. Es werden Äpfel verteilt (gesponsert von Hedy Schlatter, Gemeinderätin, Kreis 1/2).

Dienstag, 26. Januar 2010, 19.00 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Generalversammlung.

SVP-Frauen Bezirk Winterthur
Samstag, 21. November 2009, ab 19.00 Uhr (Apéro), im Schützenhaus Pfungen (Dorfausgang Richtung Rumstal, rechte Strassenseite), traditionelles Raclettеessen. Herr Heiniger aus Neftenbach wird Sie wieder mit einem exzellenten Raclette verwöhnen, und auch das legendäre Dessertbuffet von Barbara Huber darf ebenfalls nicht fehlen. Daneben sorgen die politischen Turbulenzen der Vergangenheit bestimmt für interessante Gespräche. Kosten: CHF 30.00 (Getränke nicht inbegriffen), inkl. Apéro und Dessertbuffet vom Forrenhof. Anmeldeschluss: Samstag, 14. November 2009. Anmeldung an Cornélia Amacker, Ebnistrasse 2, 8413 Neftenbach, Telefon 052 315 23 02 oder E-Mail: cornelia.amacker@bluewin.ch (Name, Vorname, Adresse und Anzahl Personen nicht vergessen).

SVP-Frauen Kanton Zürich
Donnerstag, 26. November 2009, Weihnachtsanlass. Weitere Angaben folgen.

Montag, 14. Dezember 2009, 14.30 Uhr, Besammlung im Foyer Rathaus Zürich. Besuch des Zürcher Kantonsrates unter der Leitung von Kantonsrätin Theres Weber. Filmvorführung und Führung durch das Rathaus mit anschliessendem Apéro. Sicherheitskontrolle beim Eingang: ID oder Pass mitbringen. Anmeldung: Jacqueline Hofer, info@jhofer.ch, Telefon 044 820 20 90. SVP-Mitglieder und Parteifreunde sind herzlich willkommen.

Mittwoch, 13. Januar 2010, 19.30 Uhr (Türöffnung 19.00 Uhr), Raum Winterthur, SVP-Veranstaltung mit Nationalrätin Natalie Rickli und Gregor A. Rutz, Vize-Präsident der SVP des Kantons Zürich, zum Thema «Erfolgreicher Wahlkampf». Vorstellung von Stadtratskandidat Daniel Oswald, Parteipräsident SVP Winterthur und Gemeinderatskandidatin Chantal Leupi, Vorstand JSVP «Stadt und Bezirk Winterthur». SVP-Mitglieder und Parteifreunde sind herzlich willkommen! Nähere Angaben folgen.

WEITERE POLITISCHE VERANSTALTUNGEN

Freitag, 23. Oktober 2009, 20.00 Uhr, Mönchhofsaal, Mönchaltorf, öffentliche Veranstaltung zum Thema «Ethik in Politik und Staat» von Bundesrat Ueli Maurer.

Donnerstag, 29. Oktober 2009, 19.30 Uhr, Aula des Oberstufenzentrums, Uznach, Podium zur Minarett-Initiative mit Nationalrat Hans Fehr (pro) und Ständerat Hans Altherr (contra) im Rahmen der Mitgliederversammlung der FDP Kanton St. Gallen.

Dienstag, 3. November 2009, 19.30 Uhr, im Blauen Saal des Volkshauses, Zürich, öffentliche Veranstaltung zum Thema «Minarettinitiative / Initiative über Kriegsmaterialausfuhrverbot». Teilnehmer: Barbara Steinemann, Kantonsrätin SVP, Regensdorf und Markus Wäfler, alt Nationalrat, EDU, Steinmaur sowie Jo Lang, Nationalrat, Grüne, Zug und Rosmarie Zapfl, alt Nationalrätin, CVP, Dübendorf. Gesprächsleitung: Andreas Kyriacou, Grüne, Zürich. Organisation: GsoA.

Freitag, 6. November 2009, 20.00 Uhr, Schluefweg, Stadtsaal, Kloten (Parkplätze sind genügend vorhanden), öffentlicher Vortrag mit Dr. Udo Ulfkotte, langjähriger FAZ-Auslandredaktor und Buchautor, zum Thema «Die schleichende Islamisierung in Europa. Ein Bericht aus jahrelanger Erfahrung.» Mit einer Einführung von Barbara Steinemann, Kantonsrätin, Watt. Organisation: Komitee «Ja zur Minarettinitiative».

Freitag, 13. November 2009, ab 18.30 Uhr, Universität Zürich, Podium mit den Nationalräten Hans Fehr (SVP) und Geri Müller (Grüne) zum Thema «Guantanamo» (im Zusammenhang mit dem Thema US-Menschenrechtspolitik, Sicherheit, Recht), im Anschluss an ein Referat von Ständerat Dick Marty. Veranstaltung des Forums «Humanitäre Schweiz».

Donnerstag, 19. November 2009, 20.00 Uhr, ref. Kirchgemeindehaus Felsberg, Bahnhofstrasse 1, Rüti ZH, öffentliche Veranstaltung zum Thema «Minarette verbieten?». Teilnehmer: Barbara Steinemann, Kantonsrätin, SVP, Watt; Stefan Dollenmeier, Kantonsrat, EDU, Rüti; Andreas Maurer, Theologe; Hansruedi Guyer, Pfarrer, Rüti; Taner Hatipoglu, Präsident der Vereinigung islamischer Organisationen des Kantons Zürich, Oetwil a.d. Limmat. Moderation: Matthias Herren, Pfarrer, Bubikon. Organisation: Ökumenischer Pfarrverein Rüti-Dürnten-Bubikon.

Samstag, 21. November 2009, 19.00 Uhr, Niederhasli (genauer Ort folgt), Gastreferat «Politik aktuell» von Nationalrat Hans Fehr, anlässlich des Martinimahls der SVP Niederhasli.

Mittwoch, 16. Dezember 2009, 20.00 Uhr (Apéro ab 19.30 Uhr), Schinzenhof, Horgen, Sessionsveranstaltung «Politik aus erster Hand» mit Nationalrat Hans Fehr. Alle Interessierten sind freundlich eingeladen. Organisation: SVP Bezirk Horgen.

Junge SVP Thurgau
Samstag, 31. Oktober 2009, 10.00 Uhr, Frauenfeld, Hauptbahnhof. Standaktion, «JA zum Minarett-Verbot.»

SVP Schweiz – Zukunftsseminare Junge vor!
Samstag, 7. November 2009, 11.00–16.00 Uhr, Landgasthof Sonne «Haus der Freiheit», Wintersberg, Ebnat-Kappel (www.hausderfreiheit.ch), Zukunftsseminare mit Parteipräsident und Nationalrat Toni Brunner sowie Fachreferenten. Zielgruppe: 16 bis 26 jährige Jugendliche. Thema: «Welche Landwirtschaft für die Schweiz?». Teilnehmerzahl pro Anlass beschränkt. Das Seminar ist gratis, Mittagessen und Getränke gehen zu Lasten der Teilnehmer. Anmeldung bei Marcia Cerantola, Telefon 031 300 58 56 oder E-Mail: cerantola@svp.ch.

VEREIN FÜR AKTIVE SENIOREN

Chlaushöck 2009
Donnerstag, 3. Dezember 2009, Restaurant Muggenbühl, Muggenbühlstrasse 15, Zürich (PP vorhanden / S4 bis Brunau, dann Treppe hoch / Bus 33 bis Thujastrasse), Chlaushöck, nachmittags. Weitere Angaben folgen.

IMPRESSUM

Der Zürcher Bote

ISSN 1660–6701
Organ: Schweizerische Volkspartei des Kantons Zürich
Erscheint jeden Freitag

Abonnementspreis jährlich:
Parteimitglieder Fr. 48.–
Nichtmitglieder Fr. 58.–
+2,4% Mehrwertsteuer

Redaktion: Seite 1–8
Christoph Bähler (ba.), Dr. Yves Gadient (gad.)
Tel. 044 217 77 64
Fax 044 217 77 65
zb@svp-zuerich.ch

Mitarbeiter:
Claudio Zanetti (zac.)
Hans Fehr (fe.)

Inseraten-Annahme:
«Zürcher Bote», Inserate
Seestrasse 95, 8800 Thalwil
Tel. 044 722 77 76, Fax 044 720 10 78
E-Mail: inserate@zuercher-bote.ch

Inseratenschluss:
Mittwoch 15.00 Uhr
Insertionspreis 89 Rp. die einspaltige Millimeterzeile, Gelegenheitsinserate 1-spaltig bis 35 mm Fr. 30.–
+7,6% Mehrwertsteuer

Druck und Abonnementsdienst:
Stutz Druck AG
Einsiedlerstrasse 29, 8820 Wädenswil
Tel. 044 783 99 11, Fax 044 783 99 22
info@stutz-druck.ch

SVP-Advents-Abend

Samstag, 28. November 2009

Sunnmatt 4, 8126 Zumikon (vis-à-vis ZumiPark)
(Wegweiser «Sunnmatt Lodge»)

Ehrengäste:

Walter Frey, a. NR, Vizepräsident SVP Schweiz
Ernst Stocker, Regierungsratskandidat

19.00 Uhr Musikalischer Apéro mit Gregor Rutz
20.00 Uhr Salatbuffet
Fondue Chinoise
Dessertbuffet

Tenue: sportlich-elegant

Preis: Dank Sponsoren beläuft sich der Unkostenbeitrag auf nur Fr. 70.-/Person (inkl. aller Getränke; zahlbar vor Ort)
JSVP bis 25 Jahre bezahlen Fr. 40.-/Person

Ein eventueller Überschuss dieses Anlasses wird unserem Wahlkonto gutgeschrieben. Wir freuen uns auf Sie – **geniessen Sie mit uns einen wunderbaren Abend im geheizten Zelt in weihnachtlich dekorierter Umgebung!**

SVP Bezirk Meilen

Benno Müller — Theres Weber-Gachnang

Anmeldung bis spätestens 25. November an: Benno Müller, Sunnmatt 4, 8126 Zumikon
Tel. 044 918 14 25, **Fax 044 918 14 79**, E-Mail: info@sunnmatt-lodge.ch

Parolen zur Volksabstimmung vom 29. November 2009

Eidgenössische Vorlagen

Schaffung einer Spezialfinanzierung für Aufgaben im Luftverkehr — **JA**

Volksinitiative «Für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten» — **NEIN**

Volksinitiative «Gegen den Bau von Minaretten» — **JA**

Kantonale Wahl

Ersatzwahl eines Mitgliedes des Regierungsrates für den Rest der Amtsdauer 2007–2011

Ernst Stocker